

BETEILIGUNG

Aktive Bürgerbeteiligung wird in dieser Zeit immer wichtiger. Wo Sie selbst mitmachen können und welche Möglichkeiten Leipzig dafür bietet, lesen Sie in dieser Ausgabe.

Ab Seite 13

KULTUR

Vergangenheit und Gegenwart, Individuum und Gesellschaft.

Auch in diesem Jahr wartet die Galerie für zeitgenössische Kunst mit einem jungen und internationalen Programm auf.

Ab Seite 10

RECHT + GERICHT

Urteil nach Messerstich

Wenn eine alltägliche Handlung wie das Rasenmähen zu einem Urteil am Landgericht führt.

Ab Seite 42

Editorial

Von René Loch

Liebe Leser*innen, falls Sie sich wundern sollten, warum das Januar-ePaper erst im Februar erscheint ... Wir orientieren uns gerne ein bisschen an den Sitzungen des Stadtrates, da dieser sowohl in der Berichterstattung auf www.l-iz.de als auch im ePaper viel Raum bekommt. Und in den ersten Monaten des neuen Jahres finden die Sitzungen häufig erst sehr spät statt. Wir haben uns deshalb entschlossen, das ePaper in den ersten Monaten um jeweils eine Woche nach hinten zu schieben. Voraussichtlich im Mai wechseln wir dann wieder zum alten Rhythmus – also der letzte Freitag des Monats – zurück.

Ob man sich für den Stadtrat brennend interessiert oder nicht – mit jedem Monat wird das, was dort passiert, wichtiger. Am 9. Juni werden in Sachsen die Kommunalwahlen stattfinden und ein Ort wie der Stadtrat eignet sich natürlich umso mehr für den Wahlkampf, je näher die Wahl rückt. Das gibt vermutlich niemand zu, aber erfahrungsgemäß grenzt man sich dann doch von den anderen Parteien noch etwas stärker ab als gewöhnlich.

In Leipzig darf der Stadtrat als politisch wichtigste Form der Beteiligung betrachtet werden. Und auch wenn die Mehrheit der Mitglieder in Parteien organisiert ist, handelt es sich doch selten um Berufspolitiker*innen – von jenen, die gleichzeitig im Bundestag sitzen, mal abgesehen. Welche Perspektiven auf Beteiligung es ansonsten noch gibt, erfahren Sie im Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe. Wir ziehen das Thema historisch auf, blicken auf das vor einigen Jahren eingeführte und sich schnell etablierte System der Stadtbezirksbudgets, stellen den Förderverein eines Gymnasiums vor und präsentieren zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich über Unterstützung freuen würden.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre dieser und aller anderen Texte. ■



Diesen Monat in der LZ

STADTRAT

Hitzeschutz, Saatgutbibliothek, Sicherheit auf dem Heimweg
Seite 4

KULTUR

Wie wir mit den Rucksäcken der Vergangenheit leben
Seite 10

RECHT + GERICHT

Kleingärtner nach Messerstich verurteilt + Leipziger Lokalbetreiber wegen Steuerhinterziehung vor Gericht
Seite 42

KOLUMNEN

Konstanze Caysa, David Gray, Tom Rodig, Jens-Uwe Jopp
Seite 36



BILD DES MONATS

Anti-faschistische Aktion

Zu Beginn eines Jahres, in dem die AfD drei Landtagswahlen im Osten gewinnen könnte, sendet die Zivilgesellschaft ein beeindruckendes Zeichen. Hunderttausende gehen gegen Faschismus auf die Straße. Allein in Leipzig sind es am 21. Januar wohl mehr als 50.000 Menschen – vielleicht die größte Demo seit der Friedlichen Revolution.

IMPRESSUM

LZ Medien GmbH

Bernhard-Göring-Straße 152, 04277 Leipzig
Tel.: 0341 3065-210, E-Mail: redaktion@l-iz.de
www.l-iz.de

Geschäftsführung: Robert Dobschütz
Amtsgericht Leipzig – HRB 31801

Redaktion

Birthe Kleemann,
David Gray, Jens-Uwe Jopp,
Konstanze Caysa,
Lucas Böhme, Ralf Julke,
René Loch, Thomas Köhler,
Tom Rodig, Yaro Allisat

Satz und Layout

Henri Selbmann

Anzeigenleitung

Robert Dobschütz
Tel. 0341 2288918
r.dobschuetz@l-iz.de

Lektorat

Petra Dobschütz,
Sabine Eicker

Abonnements

und Leserservice
service@l-iz.de

SCHWERPUNKT

FINANZEN

Mitbestimmen im Kiez

Seite 13

VIELFALT DER FORMATE

Von den Möglichkeiten,
mitzuentcheiden

Seite 18

VOR ORT

Beteiligung
in Leipzig

Seite 22

INKLUSION

Im Informations-Labyrinth

Seite 34

GESCHICHTE

Von der Agora bis
zur E-Petition

Seite 14

MÖGLICHKEITEN

Wichtige Partner

Seite 20

INTERVIEW

„Wir müssen uns nicht aufgrund
von Andersartigkeit gegenseitig
misstrauen“

Seite 29



Foto: Jan Kaefer

Adrian Habermann, Jugendparlament

KOMMUNALPOLITIK

Der Stadtrat tagte

Themen im Januar waren Hitzeschutz, die Saatgutbibliothek und Sicherheit auf dem Heimweg.

Von René Loch und Ralf Julke

Heimwegtelefon für mehr Sicherheit

Leipzig hat den Verein „Heimwegtelefon“ als potenzielle Projektpartnerin registriert. Das ist das Ergebnis einer Abstimmung über einen Antrag des Jugendparlaments. Ziel des Antrags und des Vereins ist es, die Sicherheit auf dem Nachhauseweg zu erhöhen. Ob es wirklich zu einer Kooperation kommt, ist aber noch nicht entschieden.

„Viele Menschen fühlen sich im Dunkeln auf dem Nachhauseweg nicht sicher, vor allem weiblich gelesene Personen“, so Adrian Habermann, Mitglied des Jugendparlaments, in der Ratsversammlung am Mittwoch, dem 24. Januar. Helfen könne das sogenannte Heimwegtelefon. „Das

Heimwegtelefon ist ein Service, bei dem Du nachts anrufen kannst, wenn Du Dich auf dem Heimweg unwohl fühlst“, heißt es auf der Homepage des Vereins. „Du wirst dann von einem*einer Ehrenamtlichen am Telefon bis nach Hause begleitet.“ Nach eigenen Angaben nutzen jedes Jahr mehrere tausend Menschen das Angebot. Gebühren über die normalen Kosten des eigenen Tarifs hinaus fallen dafür nicht an.

In erster Linie gehe es dem Verein darum, „ein Sicherheitsgefühl zu schenken“. Da man während des Gesprächs mehrmals den aktuellen Standort durchgeben soll, sei es zudem möglich, in einem Notfall umgehend Polizei oder Rettungsdienst zu informieren. Anzunehmen ist wohl auch, dass es auf potenzielle Angreifer

abschreckend wirken könnte, wenn sich das vermeintliche Opfer gerade in einem Gespräch befindet.

Eine Lösung für das Problem sei das Telefon nicht, ergänzte Habermann. „Es muss viel passieren, damit sich alle Menschen, vor allem weiblich gelesene, nachts sicher fühlen können.“ Eine Kooperation mit dem „Heimwegtelefon“ könne ein Schritt in die richtige Richtung sein.

Das Ordnungsamt der Stadt Leipzig hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass es bereits eine Kooperation des Vereins mit der Stadt Wiesbaden gebe und infolgedessen das Interesse an dem Angebot gestiegen sei. Der Verein arbeite derzeit an einem Modell, das weitere Kooperationen ermöglichen soll.



Olga Naumov, Die Linke

Sobald dieses fertig ist, möchte die Verwaltung den Stadtrat informieren und abschließend prüfen, ob eine Kooperation möglich ist. Mit Ausnahme einer Enthaltung stimmten alle anwesenden Stadträt*innen dafür, das „Heimwegtelefon“ zunächst als potenzielle Partnerin zu registrieren.

Life Science auf der Alten Messe

Läuft da irgendetwas falsch auf der Alten Messe? Jedenfalls hatten die Stadträtin Dr. Olga Naumov und die Stadträte Heiko Bär und Falk Dossin so ein Gefühl, dass da irgendetwas aus dem Ruder gelaufen sei. Eigentlich sollte das alte Messegelände doch als einzigartiger Standort für Unternehmen und Forschungseinrichtungen der Life Science entwickelt werden. Was stand da eigentlich in den alten Eigentümerzielen der stadteigenen LEVG? Und sollte es nicht seit sechs Jahren neue Eigentümerziele geben?

Die LEVG war ursprünglich von der Stadt Leipzig gegründet worden, um den

einstigen Standort der Technischen Messe zu vermarkten, auf dem bis 1996 die wichtigsten Messeveranstaltungen stattfanden. In dem Jahr zog die Leipziger Messe hinaus auf ihr neues Messegelände im Leipziger Norden. Seitdem standen die Messehallen leer. Und der Traum der Stadt, hier binnen kürzester Zeit innovative und werthaltige Branchen ansiedeln zu können, erwies sich schon bald als ein wenig zu optimistisch.

Weshalb die LEVG auf der Alten Messe eben auch Unternehmen ansiedeln ließ, deren Wertschöpfungstiefe auch nach Auskunft der Stadt nicht wirklich tief ist: Möbelhändler, Einzelhändler, an der Automeile die Autohändler. Wirklich Bewegung kam erst in die Entwicklung dieses Geländes, als sich nach dem Jahr 2000 die ersten Einrichtungen aus dem Bereich Live Science hier ansiedelten.

Dass die Life Science dann im Verlauf der Jahre zu einem richtigen Wachstumssegment werden würde, war jedenfalls am Beginn der Vermarktung des Geländes noch nicht absehbar. So betrachtet ist die Entwicklung des Geländes aus Sicht von Linke-Stadträtin Olga Naumov sogar

verfehlt. Und die Eigentümerziele der LEVG galten auch nur bis 2018, wie SPD-Stadtrat Andreas Geisler anmerkte, hätten zwischenzeitlich also dringend erneuert werden müssen.

Doch das sei, so merkte dann Baubürgermeister Thomas Dienberg an, eben die Sicht von heute aus auf das Gelände. Das starke Wachstum der Life Science Branche war so anfangs noch nicht absehbar. Die LEVG hätte durchaus einen Spagat hinbekommen müssen, als sie eben auch Unternehmen ansiedeln ließ, die keine Wertschöpfung betreiben. Und die Eigentümerziele würden ja auch nicht einfach erlöschen.

Auch wenn selbst die LEVG ursprünglich nur als eine befristete Gesellschaft gegründet worden wäre. In den 1990er Jahren dachten sowohl Stadtrat als auch Verwaltung, dass man so ein wertvolles Gelände im Stadtgebiet binnen kürzester Frist mit wertschöpfenden Unternehmen besetzen könnte. Das aber ist so nicht eingetreten. Auch die Neuerfindung einer Stadt wie Leipzig dauert viel länger, als man sich das in Rathäusern so wünscht.



Foto: Jan Kaefer

Sascha Matzke, FDP (Freibeuter)

Sodass die LEVG bis heute im Dienst der Stadt arbeitet und kürzlich auch noch den Bereich westlich der Alten Messe am Kohlrabizirkus dazu bekam, um ihn zu vermarkten.

Im Verwaltungsstandpunkt versprach die Verwaltung dann auch, 2025 neue Eigentümerziele für die LEVG vorzulegen. Für Olga Naumov viel zu lange hin. Aber da mehrere Abteilungen im Rathaus eingebunden seien, so Thomas Dienberg, wäre Anfang 2025 ein realistisches Zieldatum. Die CDU-Fraktion ging dann noch einen Schritt weiter und reichte noch am 24. Januar einen Änderungsantrag ein, der die Ansiedlung von Life Science endgültig als wichtigstes Eigentümerziel festschreiben soll: „Nach Evaluierung und Neuausrichtung der Eigentümerziele der LEVG soll die Standortvermarktung branchenspezifisch (Life Science) neu ausgeschrieben werden.“

Dass sie LEVG weitermachen soll und auch neue Eigentümerziele braucht, war dann eigentlich unstrittig. Der Antrag von Olga Naumov, Heiko Bär und Falk Dossin bekam eine Zustimmung von 32:28

Stimmen. Und auch der Änderungsantrag der CDU fand mit 32:19 Stimmen bei neun Enthaltungen eine klare Mehrheit.

Womit sich jetzt eigentlich schon abzeichnet, dass die weitere Ansiedlung von Einrichtungen der Life Science in den neuen Eigentümerzielen ganz oben stehen wird. Nur bis zur Vorlage der neuen Eigentümerziele braucht es eben doch ein Jahr, so OBM Burkhard Jung. Das werde verwaltungsintern unter Leitung der städtischen Beteiligungsgesellschaft bbvl passieren.

Hitzeschutz für vulnerable Gruppen

Wenn es im Sommer immer heißer wird, leidet darunter vor allem die Gesundheit von älteren, chronisch kranken und anderen empfindlichen Menschen. Für diese Gruppen sogenannte Evakuierungsorte bei Hitze zu finden, war ein Anliegen der Freibeuter-Fraktion in der Ratsversammlung am Mittwoch, dem 24. Januar. Entstanden sei der Antrag im Sommer 2023, so FDP-Stadtrat Sascha

Matzke. Es war der heißeste Sommer seit Beginn der Aufzeichnungen. In der griechischen Stadt Athen sei man dazu übergegangen, vulnerable Gruppen bei großer Hitze in Turnhallen unterzubringen, so Matzke.

In Bezug auf Leipzig verwies er darauf, dass eigentlich schon ein sogenannter Hitzeaktionsplan vorliegen sollte. Im Februar werde es zwar wahrscheinlich so weit sein, dass der Stadtrat darüber abstimmen könne, doch viele Maßnahmen würden erst in einigen Jahren greifen. „Wir müssen schnell handeln“, forderte Matzke.

Wie kurzfristig Evakuierungsorte geschaffen werden können, erscheint aber ohnehin fraglich. Ein Teil des Antrags fordert: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, nach erfolgter Prüfung im Rahmen der Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfs 2025/2026 entsprechende finanzielle Mittel einzustellen, um auch vor den Umsetzungsschritten des sich in Erarbeitung befindlichen Hitzeaktionsplans Evakuierungsorte für vulnerable Gruppen bei Hitze zu schaffen.“

Auch Grünen-Stadträtin Katharina Krefft äußerte, dass ein Hitzeaktionsplan nun schon seit 2018 auf sich warten lasse. Seit einer Woche gebe es zwar genauere Informationen zu den Inhalten, doch Maßnahmen zum Schutz vulnerabler Gruppen gebe es nicht. Ein möglicher „Evakuierungsort“ könnten – ähnlich wie in Athen – Turnhallen sein. Im Antrag heißt es dazu: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit im Rahmen der derzeitigen Erarbeitung des Hitzeaktionsplanes, Evakuierungsorte für vulnerable Gruppen vorgehalten werden können. Im Besonderen wird dabei betrachtet, ob die Ertüchtigung von Sporthallen mit Klimaanlage sinnvoll ist oder andere geeignete klimatisierte öffentliche Standorte im Stadtgebiet infrage kommen.“

Die Mehrheit der Ratsversammlung stimmte für den Antrag der Freibeuter. Gegenstimmen gab es vor allem von CDU und AfD. Rechtzeitig bis zum Antragschluss für den Doppelhaushalt 2025/2026 soll der Stadtrat über weitere Schritte informiert werden.

Fördermittel für die Saatgutbibliothek

Noch gibt es in den Gärten in und um Leipzig alte Kulturpflanzen. Und das Interesse vieler Gärtner, sie auch in ihrem Reich anzusäen, ist da. Doch wo bekommt man die Samen? Die Frage hat in der Vergangenheit schon Umweltvereine wie den Ökolöwen beschäftigt. Die Grünen-Fraktion hat die Idee, eine Saatgutbibliothek zu einem Stadtratsantrag gemacht. Und erntete am 24. Januar eine geradezu schräge Diskussion über Gentechnik und Prüfkosten. Zerreden ließen sie sich die Idee aber nicht.

Denn mit ihrer Stellungnahme hatte auch die Stadtverwaltung klargemacht, dass sie die Idee gut findet. Vor allem, weil sie auch nicht neu ist, sondern längst Erfahrungen vorliegen, wie so etwas gemacht werden kann. Grünen-Stadtrat Jürgen Kasek fühlte sich vom zustimmenden Verwaltungsstandpunkt nur zu bestätigt und hätte nur zu gern erfahren, wie Freibeuter und AfD ihre Änderungsanträge eigentlich begründen. Man könnte ja noch was lernen dabei.

„In einer Saatgutbibliothek bekommen Hobbygärtner(innen) einige Samen einer Sorte, säen diese in ihrem Garten oder auf dem Balkon aus und bauen somit die Pflanze über den Sommer an. Nach der Ernte trocknen sie die Samenkörnchen und bringen – zumindest einen Teil davon – wieder in die Saatgutbibliothek zurück. Wichtig ist natürlich, dass viele Samen wieder in die Saatgutbibliothek zurückfließen. Nur dadurch können immer wieder andere Gärtner/-innen diese Sorte im nächsten Jahr anbauen“, hatte der Grünen-Antrag formuliert, wie so eine Saatgutbibliothek funktioniert. Was aber nicht verhinderte, dass AfD-Stadträtin Sylvia Deubel dann stockernst anfang, der Ratsversammlung zu erklären, was eine Bibliothek ist. Gründlich am Thema vorbei.“

Dabei ist die Idee nicht mal eine Leipziger Erfindung, sondern ist längst ein internationales Thema, wie es im Grünen-Antrag heißt: „Die grundlegende Idee stammt aus den USA, wo es bekanntermaßen viel gentechnisch verändertes Saatgut gibt. In Deutschland haben Städte wie Kassel ebenso angefangen, Saatgutbibliotheken in die normale Stadtbibliothek zu integrieren.“

Die Saatgutbibliothek soll auf alte Sorten von regionalen Nutzpflanzen aufmerksam machen, um der Vereinheitlichung des Saatguts entgegenzuwirken. So sollen auch Laien die Möglichkeit bekommen, regional angepasste Sorten selbst anzubauen. Entsprechend regional ist die Auswahl zu gestalten. Ebenso sollen dadurch Leipziger zum Anbau von regionalen Pflanzen ermuntert werden. Das ist auch die Hoffnung hinter der Saatgutbibliothek: regionale Pflanzen wiederzubeleben. Dazu sollen auch Bücher mit Hintergrundwissen und Tipps zum Gärtnern bereitgestellt werden.“

Und anders als CDU-Stadträtin Sabine Heymann vermutete, will der Antrag auch gar nicht, dass die Stadt das selbst macht und damit eine weitere Aufgabe übernimmt, die nicht zum Pflichtenheft eine Kommune gehört. Im Grünen-Antrag stand deutlich zu lesen: „In Leipzig gibt es mit der Stadtbibliothek, der Umweltbibliothek und dem Ökolöwen, sowie dem Botanischen Garten der Universität Leipzig u.a. potenzielle Partner, die hier

mitwirken können.“ Wahrscheinlich ist es trotzdem eine Geldfrage. Denn dass der Ökolöwe das Projekt nicht regelmäßig auflegt, hat auch mit Personal und Geld zu tun. Es kann also sein, dass es ohne Fördergelder nicht umgesetzt werden kann.

Im Verwaltungsstandpunkt heißt es dazu eindeutig: „Wir bemühen uns um Fördermittel, damit das Projekt realisiert werden kann. Eine Planung der Saatgutbibliothek wird in Abhängigkeit von Fördermitteln in 2024 aufgenommen. Hierbei werden bestehende Netzwerke, welche Saatgut bereits verteilen, kontaktiert und ein Verfahren zur Weitergabe des Saatgutes erarbeitet.“ Manchmal hat man in Stadtratsdiskussionen tatsächlich das Gefühl, dass die besprochenen Anträge und Stellungnahmen von einigen Diskussionsteilnehmern überhaupt nicht gelesen wurden.

Man hat ein eindeutig positives Votum der Verwaltung, die auch noch auf die Landeshauptstadt Dresden verweist, wo es schon eine Saatgutbibliothek gibt. Man hat die extra benannte Partner, die die Stadt auf jeden Fall einbinden möchte – auch den Botanischen Garten. Und man hat es mit Saatgut zu tun, das die Leipzigerinnen und Leipziger selbst anbauen und ernten. Dass sie bei einem Interesse für historische Apfelsorten, Rüben und Sträucher auf einmal anfangen sollten, gentechnisch veränderte Samen unterzumogeln, dürfte eher unwahrscheinlich sein.

Trotzdem redete die AfD-Stadträtin auf einmal von teuren Gentechnik-Prüfverfahren, die auf einmal fällig werden sollten. Im AfD-Antrag stand das so: „Der Aufwand zurückgebrachtes Saatgut zu prüfen und entsprechend zu zertifizieren ist kostenintensiv und zeitaufwändig. Eine städtische Aufgabe ist dies nicht, daher sollte die Einrichtung in Privatinitiative erfolgen.“ Weiter am Thema vorbei konnte man das Ganze gar nicht auffassen. Logisch, dass dieser seltsame Versuch, das Projekt geradezu unbezahlbar zu machen, von der Ratsversammlung mit 10:47 Stimmen rundweg abgelehnt wurde.

Und wie ist es mit dem Geld? Das wollte die Freibeuter-Fraktion dann doch genauer wissen: „Laut Verwaltungsstandpunkt zum Antrag bemüht sich die



Foto: Jan Kaefer

Jürgen Kasek, Bündnis 90/Die Grünen

Stadt um Fördermittel, um das Projekt realisieren zu können. Eine Planung der Saatgutbibliothek soll in Abhängigkeit der Fördermittel im Jahr 2024 aufgenommen werden. Wir stehen dem Anliegen positiv gegenüber. Eine Entscheidung für oder gegen die Umsetzung kann aber erst mit Vorlage der dafür anfallenden Kosten und der dahinterstehenden Kostendeckung getroffen werden.“

Dieser Antrag wieder fand mit 34:17 Stimmen bei sechs Enthaltungen die nötige Mehrheit. Da das Amt für Stadtgrün und Gewässer aber sowieso versprochen hat, sich um Fördermittel zu bemühen, sollte das eigentlich nicht das große Problem sein. Und der Antrag selbst? Der fand 38 Unterstützer/-innen und 20 Stadträt/-innen stimmten dagegen. Damit war er angenommen. Jetzt kann die Suche nach Fördermitteln beginnen.

Pilotprojekt zur Elektroschrottsammlung

Ein positives Votum hatte die Stadtverwaltung schon abgegeben zum Antrag

der Linksfraktion „Städtische Elektroschrottsammlung – Ressourcen schützen, Entsorgung erleichtern“, der am 24. Januar in der Ratsversammlung zur Abstimmung kam. Es ging darin darum, die Abgabe kaputter Elektrogeräte an die Abfallwirtschaft zu erleichtern, indem die Stadtreinigung dafür im Stadtgebiet einfach ein paar Container aufstellt.

Das Vorbild ist Leipzigs Nachbarstadt Halle, wo heute schon 34 Container im Stadtraum bereitstehen, in die man die kaputten Geräte schmeißen kann. Es sei denn, man lässt die Geräte reparieren, was mit dem Sächsischen Reparaturbonus seit 2023 ja sogar unterstützt wird. Ein echtes Erfolgsprojekt, wie Umweltminister Wolfram Günther (Grüne) am Donnerstag, dem 25. Januar, vermelden ließ.

Doch nicht jedes kaputte Gerät lässt sich reparieren. Oft sind Elektro-Kleingeräte von den Herstellern sogar so konstruiert, dass gar keine Teile ausgewechselt werden können und der Akku im Gehäuse fest verschweißt ist. Normalerweise darf man sie dann zurückbringen in das Ladengeschäft, wo man sie einst gekauft

hat. Die Händler sind zur Rücknahme verpflichtet. Aber das ist oft noch viel umständlicher, als die Geräte zum nächsten Wertstoffhof zu bringen, wo man sie natürlich auch abgeben kann.

Weil das aber für jedes einzelne Stück oft auch nur umständlich ist, beschrieb der Linke-Antrag das Dilemma so: „Immer wieder landen elektronische Kleingeräte, Kabel und Batterien im Hausmüll oder in der gelben Tonne, wo sie nicht hingehören. Die Gründe dafür sind vielfältig, genau wie die Probleme, die daraus resultieren. Die unsachgemäße Entsorgung verhindert Recycling und kann – im Fall von Batterien – Brände in den Müllpressen verursachen. Wir möchten deshalb durch die Stadtverwaltung und die Stadtreinigung prüfen lassen, ob entsprechende Entsorgungscontainer, wie es sie beispielsweise schon für Altglas- oder Alttextilien gibt, an diesen Standorten aufgestellt und durch die Stadtreinigung bedient werden können. So können auch die Wertstoffe und Ressourcen, die in dem Schrott stecken, durch die Stadtreinigung sachgemäß recycelt und für eine Wiederverwertung aufbereitet werden.“



Foto: Jan Kaefer

Michael Neuhaus, Die Linke

Dass man bei Schrott auch auf politische Gedanken kommen kann, demonstrierte Michael Neuhaus dann in seiner Rede zum Antrag am 24. Januar, bevor er dann doch auf den Elektroschrott zu sprechen kam.

„Es wird höchste Zeit, dass die Stadt die Entsorgung elektronischer Kleingeräte für die Bürgerinnen und Bürger erleichtert. Viel zu oft landen ausgediente Handys, Kabel, Batterien und Co. im Hausmüll. Diese unsachgemäße Entsorgung verhindert Recycling und kann – im Fall von Batterien – Brände in den Müllpressen verursachen“, sagt Michael Neuhaus, Sprecher für Umwelt der Fraktion Die Linke im Leipziger Stadtrat.

„In der Theorie sind die meisten Händler, die Elektrogeräte in Umlauf bringen, dazu verpflichtet, Elektroschrott entgegenzunehmen. In der Theorie kann Elektroschrott auch auf den Wertstoffhöfen der Stadtreinigung abgegeben werden. In der Praxis aber fährt niemand wegen einer Zahnbürste oder eines Kabels zum Wertstoffhof.“

Und es sammelt sich schnell eine Menge Elektro-Kleinschrott an in einem Haushalt. Etliche Geräte haben ein eingebautes Verfallsdatum, andere sind so billig zusammengebaut, dass sie nach kurzer Nutzung schon den Geist aufgeben. Schrott ist ein ganz elementares Problem in unserer Gesellschaft. Erst recht, wenn die scheinbar so billigen Teile lauter wichtige Wertstoffe enthalten, die dringend zurücksollen in die Verarbeitungskreisläufe. Und das für ihre Besitzer so einfach wie möglich.

„In Leipzigs Nachbarstadt Halle (Saale) können sich die Menschen diesen Weg schon seit Jahren sparen und ihren Elektroschrott in extra dafür aufgestellte Container entsorgen. Wir sagen: Was in Halle funktioniert, sollte in Leipzig erst recht möglich sein!“, findet Neuhaus.

„Wir freuen uns, dass die Verwaltung nun nicht nur prüfen wird, ob künftig spezielle Behältnisse für die Entsorgung elektronischer Kleingeräte im Stadtgebiet aufgestellt werden, sondern auch, ob an diesen gleichzeitig alte Batterien gesammelt werden können. Je leichter

sich Umweltschutz praktisch umsetzen lässt, desto höher ist die Bereitschaft in der Bevölkerung, ihn in den Alltag zu integrieren. Dem sollte eine dynamische Stadt wie Leipzig nicht im Wege stehen.“

In seiner Rede hielt er sich kurz und knapp. Und entsprechend knapp und eindeutig fiel auch die Abstimmung aus: Bis auf sieben Stadträte aus der Dagegen-Fraktion stimmte die Stadtratsmehrheit einhellig für den Linke-Antrag, sodass die Leipziger Stadtreinigung das Pilotprojekt jetzt starten kann. Das Ergebnis der Abstimmung aber war dann deutlich, denn 55 Ratsmitglieder stimmten dem so ergänzten Verwaltungsstandpunkt zu. Nur einer enthielt sich. 2024 erfahren dann also Stadtrat und Öffentlichkeit, wie dieser Konfliktbereich künftig entschärft werden soll. ■

Info

➔ Die LZ-Partnerzeitung L-IZ.de wird wie gewohnt live aus der nächsten Stadtratsitzung berichten, die Ergebnisse der einzelnen Beratungen finden Sie immer ab dem Nachmittag des Sitzungstages im Netz unter www.l-iz.de



Foto: Alexandra Ivanciu

Arbeiten von Sarah Pierce: Scene of the Myth, kuratiert von Rike Frank in der GFZK.

Mit einem jungen und internationalen Programm wartet die Galerie für zeitgenössische Kunst (GfzK) auch in diesem Jahr wieder auf. Bei einer Pressekonferenz stellte das Museum die diesjährigen Ausstellungen und Projekte vor. Dabei wird in diesem Jahr auch das Thema Inklusion eine große Rolle spielen, wie auch das Thema Nachhaltigkeit.

Inhaltlich dreht sich in diesem Jahr vieles um das Verhältnis von individueller Erfahrung und Gesellschaft. Ausstellen werden Lara Almarcegui, Tarek Atoui, Belinda Kazeem-Kamiński, Barbara Klemm, Clarita Maria und Sarah Pierce. Nach Corona verzeichnet das Museum nun auch wieder eine positive Entwicklung der Besucherzahlen.

„Wir zeigen unterschiedliche Ausstellungen in diesem Jahr, die mit unterschiedlichen künstlerischen Mitteln, ob in Form von Performances, Video- oder Klangkunst darüber sprechen, wie wichtig es ist, unsere eigene Sensibilität, unser Wissen, unsere Erfahrung einzubringen und Gemeinschaft zu formen“, so Franciska Zólyom, Geschäftsführerin und Kuratorin der GfzK.

Schon Ende Januar eröffnete die erste Einzelausstellung der Dubliner Künstlerin Sarah Pierce in Deutschland. In „Scene of the Myth“ setzt sich Pierce in acht Installationen, Performances und Videoarbeiten damit auseinander, wie historisches Wissen in der Gegenwart neu gestaltet wird. Die Arbeiten sind über einen Zeitraum von 20 Jahren entstanden. Die Ausstellung im Neubau der GfzK ist bis Ende Mai zu sehen.

KULTUR

Wie wir mit den Rucksäcken der Vergangenheit leben

Die Galerie für zeitgenössische Kunst verhandelt in diesem Jahr das Verhältnis zwischen Vergangenheit und Gegenwart sowie zwischen Individuum und Gesellschaft.

Von Yaro Allisat

**Erinnerung,
Erfahrung, Gegenwart**

Auch Clarita Maria von der Hochschule für Grafik und Buchkunst setzt sich in ihrer Diplompräsentation mit der Möglichkeit nach eigenen Erinnerungen im Kontext von Familiengeschichten auseinander. Dafür nutzt sie Fotografien ihrer eigenen Familienangehörigen aus Namibia.



Foto: Alexandra Ivanciu



Foto: Katharina Subat

Eingang zur GFZK in der Karl-Tauchnitz-Str. 9-11

Das Festival für Fotografie Leipzig „f/stop“ im Juni wird von der GfzK mit der Ausstellung „Breath“ von Belinda Kazeem-Kamiński gerahmt. Auf der Grundlage schwarzer feministischer Theorie fragt sich die Künstlerin nach den Lücken in den Archiven und fort-dauerndem Rassismus und wie vor dem Hintergrund dieser Vergangenheit ein

Leben in der Gegenwart aussehen kann.

Anlässlich der Leipziger Buchmesse 2024 mit Gastland Niederlande und Flandern, realisiert die GfzK eine Zusammenarbeit mit der Rotterdamer Künstlerin Lara Almarcegui in der Ausstellung „Angehaltener Aushub / Halted Excavation“. Almarcegui dokumentiert

und transformiert verlassene oder vergessene Orte seit mehr als 20 Jahren und nutzt diese Recherchen für ihre Kunst.

Ende des Jahres werden unter dem Titel „Helldunkel. Fotografien aus Deutschland“ Fotografien aus 40 Jahren der in Frankfurt (Main) lebenden Fotografin und Journalistin Barbara Klemm ausgestellt. Naz Kocadere ist in diesem Jahr die kuratorische Stipendsiaterin der Sächsischen Kulturstiftung. Sie möchte gemeinsam mit Leipziger Künstler*innen ein interdisziplinäres Projekt umsetzen.

Kooperationen mit Fröbel-Kindergärten

„Was wir in den Vordergrund stellen möchten, ist die Zusammenarbeit mit anderen. Das hat im letzten Jahr sehr gut geklappt. Wir hatten im Garten Workshops zu nachhaltigem Bauen. Wir haben zusammen mit dem Superstar Soundsystem, einer Gruppe von Menschen mit und ohne Behinderung, rappen gelernt“, sagt Zólyom.

So findet die Ausstellung „The Whisperers“ vom Gewinner des Kunstpreises



Foto: Alexandra Ivanciu

Arbeiten von Sarah Pierce: Scene of the Myth, kuratiert von Rike Frank in der GfzK.

Europas Zukunft Tarek Atoui in Kooperation mit den Leipziger Fröbel-Kinder­gärten, der Samuel-Heinicke-Schule und Seniorenheimen sowie mit der Musikschule Leipzig und der Hochschule für Musik und Theater statt. Dabei sollen die „Möglichkeiten einer barrierearmen Vermittlung“ erprobt werden. Die GfzK möchte sich so für unterschiedliche Generationen öffnen.

Um den Zugang von Menschen mit und ohne Behinderung zur GfzK zu verbessern, nutzt das Museum eine Prozessbegleitung durch die Servicestelle Inklusion im Kulturbereich des Landesverbands Soziokultur Sachsen.

Nachhaltigkeit im Museum

Seine Nachhaltigkeitsinitiative möchte das Museum fortsetzen. Für die wachsende Sammlung der GfzK soll mit rund 1,25 Millionen Euro ein neues energieeffizientes Kunstdepot errichtet werden. In Zusammenarbeit unter anderem mit dem Materialbuffet Leipzig will das Museum vermehrt gebrauchte

Foto: Katharina Subat



Franciska Zolyom

Materialien für die Ausstellungen nutzen und energieschonende Ausstellungstechnik verwenden.

Im März wird außerdem das Café der GfzK wiedereröffnet. Gestaltet wird es in

regelmäßigen Abständen von verschiedenen Künstler*innen, die nicht nur die Inneneinrichtung, sondern auch das Essen und Trinken neu konzipieren und das Café so selbst zu einem kleinen alltäglichen Kunstwerk machen. ■

FINANZEN

Mitbestimmen im Kiez

Stadtbezirksbudgets sollen dauerhaft etabliert werden.

Von Birthe Kleemann

Anfang des Jahres preschnte die Stadtverwaltung vor mit der Ankündigung, dass die Budgets, die jährlich den zehn Leipziger Stadtbezirken für eigene Vorhaben zur Verfügung gestellt werden, als Mittel der Beteiligung dauerhaft etabliert werden. Der Beschluss der Vorlage muss in der Ratsversammlung im März zwar noch final durch den Stadtrat beschlossen werden, die Chancen für einen positiven Bescheid aber stehen gut.

Wünsch' dir was!

Seit 2021 gibt den Finanztopf, der pro Jahr 500.000 Euro umfasst – 50.000 für jeden Stadtbezirk. Von dem Geld können die Bürger*innen Projekte und Veranstaltungen realisieren, die ihnen am Herzen liegen. Bisher wurden über 500 von mehr als 1000 eingegangenen Einträgen gefördert, 2023 schöpften die Leipziger*innen das Budget nahezu vollständig aus. Die Liste der umgesetzten Anliegen reicht von Fahrradbügeln zu Konzertveranstaltungen über Ausstellungen und Bildungsformaten bis zu Tauschboxen und Stadtteilsten. Einen Antrag kann jede Bürgerin und jeder Bürger stellen. Das Format ist bewusst niedrigschwellig in der Umsetzung – schließlich soll Beteiligung nicht durch die Verzweiflung über komplizierte Bürokratie scheitern.

Dennoch müssen die geförderten Projekte gewisse Kriterien erfüllen: So braucht es einen nachvollziehbaren Nutzen für die Bewohner*innen des Stadtbezirks und sollte verschiedene Zielgruppen erreichen und miteinbeziehen. Ein Projekt sollte außerdem die


nachhaltige Entwicklung im Stadtbezirk unterstützen und vorantreiben sowie die Zusammenarbeit verschiedener Akteur*innen bestärken. Formate, die weniger als 1000 Euro kosten, können vom Stadtbezirksbeirat (SBB) direkt in seiner Sitzung bewilligt werden.

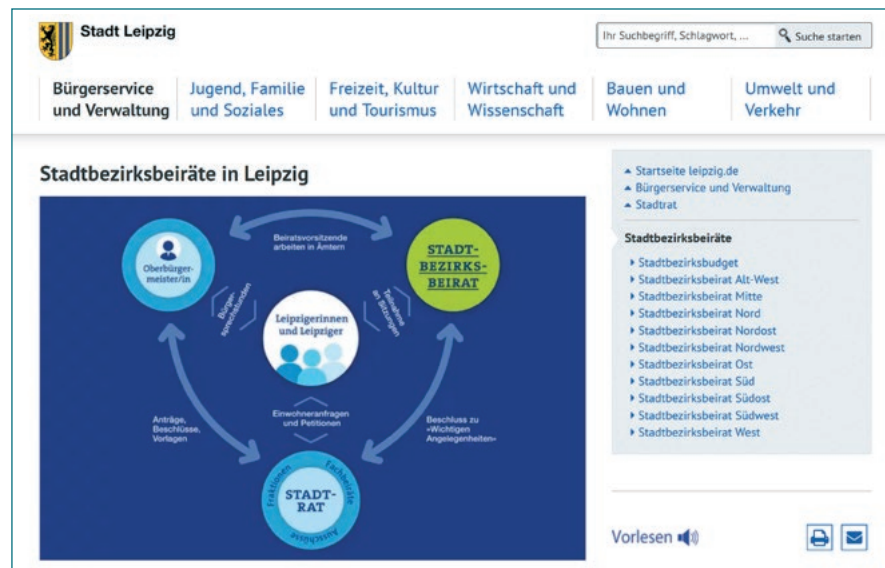
Alles darüber hinaus wird in mehreren Schritten unter die Lupe genommen: Zunächst wird ein Antrag vom Büro für Ratsangelegenheiten (BfR) formal überprüft. Stimmt alles, wird das Anliegen in der ersten Lesung im entsprechenden Stadtbezirksbeirat öffentlich behandelt. Gibt es grünes Licht vom Beirat, wird ebenso die Meinung der Verwaltung eingeholt, die wiederum bei der finalen Entscheidung in der nächsten Sitzung des SBB miteinbezogen wird.

Und welche Anliegen haben die größten Erfolgchancen? „Den Erfahrungen nach fördern Stadtbezirksbeiräte eher lieber Initiativen und Vereine oder Veranstaltungen, Workshops sowie öffentliche Feste, als noch einen weiteren Fahrradbügel oder noch einen weiteren Papierkorb“, heißt es vonseiten des BfR. Es ginge vor allem darum, dass die Bürger*innen ihr Umfeld aktiv mitgestalten. Ebenso könnte man diese Art der

Anträgen auf die Kappe des SBB Südwest. Die Projektideen sind vielfältig: Von bewilligten Geld wurden unter anderem eine Kleiderkiste in der Zschocherschen Straße eingerichtet, das Ortsteilblatt der Bürgerinitiative Knauthain/Knautkleberg e. V. finanziert, oder ein Kochprojekt für Kinder umgesetzt. Eine ausführliche Übersicht über die Nutzung der Stadtbezirksbudgets gibt es hier: [➔ Stadt Leipzig - Dashboard Stadtbezirksbudget](#)

Auch neben der Verteilung von Anteilen des Stadtbezirksbudgets stellen die SBBs, und auch die ORs – die Ortschaftsräte – ein wichtiges Instrument der Bürgerbeteiligung dar. Beide Gremien tagen öffentlich. Die in den Sitzungen vorgestellten aktuellen Vorhaben der Stadtverwaltung werden mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Außerdem haben die Stadtbezirks- und Ortschaftsräte eine weitere „Superpower“: Sie sind antrags- sowie anfragenberechtigt, können ihre Anliegen also direkt in den Stadtrat einbringen.

Wer mitmachen oder sich über die Sitzungstermine des jeweiligen Stadtbezirksbeirats informieren möchte, findet weitere Informationen hier: [➔ Stadtbezirksbeiräte - Stadt Leipzig](#) 



Auf der Webseite der Stadt Leipzig (siehe Verlinkungen) sind alle Details zu den Stadtbezirksbeiräten zu finden.

Förderung vor Ort wohl auch als „nachhaltiger“ bezeichnen, indem Orte der Begegnung geschaffen und die Kommunikation miteinander gefördert werden.

Wer? Wie? Wo? Was?

Ein besonders „fleißiger“ Stadtbezirk ist Südwest: Aus dem Beirat kamen außer im Startjahr 2021 stets mehr Vorschläge als verfügbares Budget. 2023 gingen 133 von insgesamt 1043 eingereichten

Foto: Andrea auf Pixabay

GESCHICHTE

Von der Agora bis zur E-Petition

Ein Überblick zur Geschichte der politischen Partizipation.

Von Lucas Böhme



Wahlbeteiligung, Aktivismus, Protest, Parteimitgliedschaft, Gesprächsabende, Bürgerinitiativen, Petitionen ... – die Liste an Beteiligungsmöglichkeiten in einer modernen Demokratie ist heute breit, und der Verweis auf bürgerschaftliches Engagement zur Problemlösung gehört zu den Leitposten demokratisch verfasster Systeme.

Eine historisch lang gewachsene Tradition steht aber, zumindest in Deutschland, eher nicht dahinter: „Noch in den

1950er und 1960er Jahren waren sowohl die junge Bundesrepublik als auch die DDR fest in obrigkeitsstaatliche Traditionen eingebettet. In den ersten beiden Jahrzehnten nach der Verabschiedung des Grundgesetzes attestierten Beobachter den Bundesbürgern ein jenseits der Wahlbeteiligung schwaches politisches Engagement – und es gibt keinen Grund für die Annahme, dass dies in der DDR anders gewesen wäre“, schreibt der Politikwissenschaftler und Soziologe Oscar W. Gabriel in einem bpb-Beitrag von 2020.

Ausschluss und Gottesgnadentum

Doch springen wir mal kurz viel weiter zurück: Das Ideal einer Partizipation am Gemeinwesen ist im europäischen Kontext bereits aus dem antiken Griechenland bekannt – schon Aristoteles (384–322 v. Chr.) entwickelte ein Modell zur Beteiligung aller am politischen Alltag.

Dass diese Vorstellung in der Realität einen ausschließenden Charakter hatte,



Protest wegen der Klimakrise: Das Spektrum an Beteiligungsmöglichkeiten ist in Deutschland so breit wie nie, und immer geht es darum, wie wir als Gesellschaft zusammenleben wollen.

zeigt sich freilich darin, dass Frauen, Sklaven und als fremd klassifizierten Menschen das Mitbestimmungsrecht damals überwiegend versagt blieb. Faktisch konnte also lediglich eine männliche Minderheit die Politik mitgestalten – und auch das oft nur bei Richtungsfragen, wie sie auf dem Versammlungsplatz Agora verhandelt wurden, während die konkrete Umsetzung meist der Adelschicht oblag.

Lange Zeit prägend war dann die Idee, wonach einzelne Menschen aufgrund des „göttlichen Willens“ ihre weitreichende Herrschaft praktizieren könnten. Politische Einflussmöglichkeiten blieben begrenzt, wurden im Mittelalter standesabhängig vor allem von Aristokratie und Geistlichkeit ausgeübt. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang gleichwohl die Herausbildung freier Städte seit dem 12. Jahrhundert, hinter deren Mauern

das hierarchische System der feudalen Gesellschaft ganz allmählich zu bröckeln begann.

Vom Untertanen zum Bürger

Im 18. Jahrhundert wurden Rufe nach dem Schutz des Einzelnen vor staatlicher Übergriffigkeit, einer Bürgerbeteiligung bei Entwurf und Vollzug von Gesetzen sowie freiheitlichen Verfassungen

immer lauter artikuliert. Die damalige Zeit der Aufklärung brachte eine Fülle an Ideen hervor, wie die Autorität über andere Menschen überhaupt noch vernünftig zu rechtfertigen ist, ohne die überkommenen Narrative eines angeblichen „Gottesgnadentums“ zu bedienen.

„Vertragstheorien“ beantworteten diese Frage, verkürzt gesagt, so: Herrschaft und Befehlsgewalt sind in gewissem Maß legitim, aber nicht wegen eines „göttlichen Auftrags“, sondern um Wohlergehen und Interessen der Gemeinschaft zu sichern. Dazu ist ein sogenannter (imaginärer) Gesellschaftsvertrag zu bilden, der ein politisches Gemeinwesen hervorbringt und den Willen aller in den Vordergrund stellt. Solcherlei Konzepte, wie sie prominent unter anderem der Philosoph Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) vertrat, blieben keineswegs unumstritten, beförderten aber in jedem Fall die Entwicklung einer demokratischen Kultur.

Vor dieser Kulisse spielte sich ein Umbruch ab, indem das entstehende Bürgertum sich der devoten Untertanenrolle zunehmend zu verweigern begann – und so die Herrschenden ernsthaft herausforderte. Manche von ihnen, wie in Preußen etwa Friedrich II. („Der Große“, 1712–1786) reagierten mit Reformen, die auch in Bezug auf politische Beteiligung gewisse Verbesserungen mit sich brachten, indem wichtige Anliegen z. B. öffentlich diskutiert und in der Presse kundgetan werden konnten. Oft entlud sich die Spannung aber in kriegerischen und gewaltsamen Auseinandersetzungen, zu beobachten, beispielsweise im Zuge der Französischen und Amerikanischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts.

Neue Verfassungen im 19. Jahrhundert

Auch wenn die Französische Revolution in einer menschenverachtenden Terrorherrschaft gipfelte und dann durch eine neue Monarchie abgelöst wurde, waren die Ideale von Demokratie und Teilhabe am politischen System europaweit nicht mehr wegzubekommen. Das zeigte sich auch im 19. Jahrhundert – hier kam es unter anderem in Deutschland, das nach der Niederlage Napoleons und dem Wiener Kongress 1814/15 zunächst

ein politischer Flickenteppich blieb, zu einer Reihe an Unruhen und Aufständen. Partizipationsmöglichkeiten gehörten, neben persönlicher Freiheit, Bürgerrechten und nationaler Einheit, zum zentralen Forderungskatalog der zahlreichen politischen Vereine und Burschenschaften.

Neue Verfassungen wie 1831 in Sachsen und 1850 in Preußen begrenzten die königlichen Machtbefugnisse durch eine gewählte Volksvertretung, wobei das Klassenwahlrecht de facto der vermögenden Bürgerschaft – gemeint waren ausschließlich Männer – das meiste Stimmgewicht verlieh.

Marxisten für den Umsturz

Nach heutigem Maßstab eine Farce, wengleich sich immerhin offenbarte, dass die liberalen Mitbestimmungsideen trotz oder gerade wegen aller Repression weiter fortblühten. Auch der Fehlschlag der Revolution 1848/49 und der gescheiterte Verfassungsentwurf der Paulskirche für ein geeintes Deutschland konnten die Zeichen der Zeit nicht mehr dauerhaft stoppen: Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit als Elemente und Voraussetzungen von Teilhabe blieben als Forderung bestehen, obgleich die Ausübung dieser Freiheiten noch längst nicht immer gesichert war.

Zugleich wurden Klagen laut, dass die oft im Elend lebende Arbeiterschaft im Zeitalter der Industrialisierung trotz des scheinbaren Fortschritts kaum von Freiheitsrechten und Partizipation profitierte. Teilweise propagierten marxistische Gruppen den kommunistischen Umsturz, teilweise wurde aber auch auf die weitere Verbesserung parlamentarischer Systeme abgestellt.

Als Deutschland zur Republik wurde

Die gesamtdeutsche Verfassung, die nach der Ausrufung des Deutschen Kaiserreichs 1871 in Kraft trat, brachte eine wichtige Neuerung: Männliche Bürger ab 25 Jahren durften den Reichstag in allgemeinen, unmittelbaren, geheimen und freien Wahlen bestimmen – ein kleiner Fortschritt gegenüber dem

vermögensgebundenen Wahlrecht, das noch immer für manche Landtage galt. Auf die explizite Formulierung bürgerlicher Grundrechte wurde aber nahezu verzichtet.

Einen wirklichen Sprung bedeutete dann nach Ende des Ersten Weltkriegs erst die Weimarer Verfassung, die das Land nach der Abdankung des Kaisers zur Republik machte und das Prinzip der Volkssouveränität festlegte. Das Wahlalter wurde von 25 auf 20 Jahre gesenkt, erstmals erhielten Frauen das aktive und passive Wahlrecht. 310 bewarben sich für die Wahlen zur Nationalversammlung Anfang 1919 um einen Parlamentssitz, 41 waren erfolgreich. Das entsprach rund zehn Prozent aller Abgeordneten.

Festgelegt waren überdies ein Petitionsrecht (das auf kleinerer Ebene in Deutschland gleichwohl teils schon länger bekannt war, etwa im Allgemeinen Preußischen Landrecht von 1794) sowie die Möglichkeit, durch Volksbegehren und Volksentscheide selbst die Gesetzesinitiative zu ergreifen. Was als gutgemeinter Gegenpol zum Reichstag und Parteiensystem konzipiert war, erwies sich in der Praxis allerdings als höchst anfälliges Missbrauchsinstrument, wenn die nicht wenigen Gegner der Weimarer Republik die Massen in ihrem Sinne zu manipulieren versuchten.

NS-Regime: Beteiligung massiv eingeschränkt

Es überrascht wohl kaum, dass der in Krieg und Massenvernichtung endende Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945 zwar verbal ein demokratisches Wesen für sich in Anspruch nahm, de facto dagegen auf Führerkult, Gehorsam und der Ausgrenzung als unerwünscht markierter Personen basierte. Parlamentarismus, die Aushandlung politischer Kompromisse – als das wurde als Schwäche abgetan.

Das in der Weimarer Verfassung verbrieft Petitionsrecht hatte keine Bedeutung mehr: Petitionen und Eingaben konnten weiterhin abgesetzt werden und auch Wirkung entfalten, doch wer dabei als oppositioneller „Querulant“ ins Visier der Machthaber geriet, riskierte mindestens Schikanen oder seine



Foto: LoboStudioHamburg auf Pixabay

Bürgerrechtsbewegungen wie in Polen und der DDR auch einen vorsichtigen Wandel im Ostblock aufgezeigt.

„Ein breiteres Spektrum als jemals zuvor“

Und heute? „Gegenwärtig verfügt die Bevölkerung über ein breiteres Spektrum politischer Einflussmöglichkeiten als jemals zuvor in der Geschichte Deutschlands. Es umfasst die traditionellen, für die repräsentative Demokratie typischen Formen wie die Beteiligung an Wahlen, die Mitarbeit in politischen Parteien und Verbänden sowie Politikerkontakte ebenso wie legale und nichtlegale Protestaktionen, zum Beispiel die Teilnahme an Unterschriftenaktionen, Demonstrationen und Produktboykotten. Eingeschlossen sind ferner direkt-demokratische Verfahren wie Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide sowie zahlreiche Varianten von Dialogverfahren, zum Beispiel Planungszellen, Zukunftskonferenzen und Bürgerhaushalte“, so Oscar W. Gabriel mit Stand des Jahres 2020.

Inhaftierung. Rechtsstaatliche Prüfverfahren existierten nicht, ebenso wenig der Schutz des Einzelnen vor Terror und Willkür.

Explosion an Beteiligungsformaten vs. vorsichtiger Wandel

Während die Wahlen in der DDR keine demokratischen Standards erfüllten und Demonstrationen jenseits staatlicher Erwünschtheit unterdrückt wurden, entstand hier ein blühendes Eingabewesen, in dem Bürgerinnen und Bürger sich über Missstände im Betrieb ebenso beklagen konnten wie über fehlende Konsumgüter oder Wohnungsnot. Ein Mechanismus, der punktuell durchaus Verbesserungen mit sich brachte, aber eben so oder so als herrschaftlicher Gnadenerweis daherkam, nicht als rechtsstaatlich begründete oder anfechtbare Entscheidung.

Anders in der Bundesrepublik, wo der Generationswechsel, der Wertewandel und der Anstieg des Bildungsniveaus der Partizipationskultur in den zwei Jahrzehnten vor der Wiedervereinigung einen gewaltigen Schub gaben – qualitativ wie quantitativ.

Ob der sprunghafte Anstieg der Beteiligung an Bundes- und Landtagswahlen, das Engagement in Parteien, Verbänden und Initiativen, Unterschriftenaktionen, Protestbewegungen auf der Straße, Blockaden und ziviler Ungehorsam: „Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung hatte die partizipatorische Revolution in der alten Bundesrepublik die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen eines großen Teiles der Menschen verändert“, stellt Oscar W. Gabriel fest. Schon während der achtziger Jahre hatten

Die Kultur der politischen Beteiligung, wie sie für eine Demokratie essenziell ist, hat sich seit der Einheit Deutschlands also in eine Fülle an Möglichkeiten aufgefächert. Dies wird hervorgerufen durch das Zusammenwachsen unterschiedlicher Gesellschaften seit 1990, aber ebenso durch neue Tendenzen und Konfliktlinien, die sich z. B. aus Digitalisierung, Migration, Globalisierung und Klimawandel ergeben. Welche langfristigen Auswirkungen das hat, werden wir wie immer erst in der Zukunft wissen. ■

Verwendete Quellen

- ➔ Oscar W. Gabriel, Partizipation im Wandel (2020), URL: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/308683/partizipation-im-wandel/>
- ➔ slpb, Eine kurze Geschichte der Demokratie, URL: <https://www.slpb.de/themen/staat-und-recht/politische-theorie/eine-kurze-geschichte-der-demokratie>
- ➔ Deutscher Bundestag, Petitionen. Von der Bitte zum Bürgerrecht (2019), URL: <https://www.btg-bestellservice.de/pdf/20201500.pdf>

Frank-Lothar Kroll, Geschichte Sachsens, 2. Aufl., München 2022.

Klaus Dieter Hein-Mooren, Heinrich Hirschfelder, Lorenz Maier, Wilhelm Nutzinger, Bernhard Pfändtner, Reiner Schell, Von der Französischen Revolution bis zum Nationalsozialismus, Bamberg 1992.

VIELFALT DER FORMATE

Von den Möglichkeiten, mitzuentcheiden

Leipzig hat Lust auf Beteiligung.

Von Birthe Kleemann

Beteiligung“ heißt das Zauberwort der Stunde. In den letzten Jahren wurde in Deutschland nachgelegt, wenn es darum ging, Prozesse zu entwickeln, in welchen Bürgerinnen und Bürger über wichtige politische Entscheidungen informiert und in Gestaltungsprozesse aktiv eingebunden werden. „Wir müssen die Menschen besser mitnehmen“ ist zu einem beliebten Satz in Bundestagsreden geworden. Die Möglichkeiten zur Teilhabe sind vielfältig und reichen vom aktiven „auf die Straße gehen“ für ein Anliegen über die Einreichung von Petitionen, das Engagement im Nachbarschaftsbündnis oder einem gemeinnützigen Verein bis zur Teilnahme an (Bürger*innen-) Umfragen oder auch dem Kreuz auf dem Wahlzettel.

In Leipzig laufen zahlreiche informelle, also freiwillig von der Stadt ins Leben gerufene, Beteiligungsformate. Dabei geht es laut Verwaltung oft um Verkehrs- und Mobilitätsthemen, die Aufwertung und Umgestaltung öffentlicher Plätze oder den Umgang mit Abfall. Oftmals seien solche informellen Formate den verpflichtenden, formellen, Beteiligungsprojekten vorgehalten. Eine Übersicht aller laufenden Formate gibt es nicht nur auf der Seite der Stadt Leipzig, sondern seit Januar 2024 auch über die Leipzig App.

Bürger*innen beraten über „Gemeinwohl“

Im letzten Jahr probierte sich die Stadt an einem neuen Instrument aus: Mit dem Beteiligungsrat Gemeinwohl wurde das Format des Bürgerrats als Modellprojekt in Leipzig erprobt – in den Augen der Verwaltung mit Erfolg. Es sei deutlich

geworden, dass die vielfältigen vorhandenen Instrumente und Maßnahmen im Bereich der städtischen Engagementförderung noch breitere Bekanntheit erlangen sollten. Als eine weitere Erkenntnis sei außerdem aus dem Format hervorgegangen, dass die äußeren Rahmenbedingungen besonderen Einfluss auf die Bereitschaft und die Möglichkeit haben, sich gemeinwohlorientiert zu engagieren.

„Sei es im Bereich finanzielle Entlastung bspw. durch Aufwandsentschädigungen, Stipendien oder Freistellungen für Engagement; aber auch im Bereich Anregung von Engagement durch das Umfeld wie Arbeitgeber oder Bildungsinstitutionen.“ Auch der Abbau von Barrieren fordere den Erkenntnissen des Bürgerrats nach gezielt das gemeinwohlorientierte Engagement.

Zwar sei das Format ein Erfolg gewesen, als Modellprojekt beschlossen, würde es allerdings nicht automatisch fortgeführt werden. Derzeit läuft eine Evaluation, es wird außerdem geprüft, das Format „Bürgerrat“ auch für weitere Beteiligungsprozesse anzuwenden. Grundsätzlich gebe es in einigen Fachämtern das Interesse, es auch zukünftig weiter zu erproben, so die Verwaltung.

Weiter denken in Leipzig

Der Rat ist nur eine von zahlreichen Möglichkeiten, die in Leipzig genutzt werden, um die Bürgerinnen und Bürger in Gestaltungsprozesse miteinzubeziehen. Bereits seit zehn Jahren gibt es, ange dockt an die Stadtverwaltung, die Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement – Leipzig

weiterdenken (LWD). Sie koordiniert sowohl Beteiligungsverfahren innerhalb der einzelnen Ämter als auch in der Bürgerschaft. Die Arbeit der LWD zielt darauf ab, Bürgerbeteiligung grundsätzlich in allen Fachbereichen „mitzudenken“ und so zu verstetigen. Das funktioniert über Beratungsangebote und die Organisation von Veranstaltungen oder auch über die Durchführung von Workshops, Dialogforen, Online-Befragungen und vielem mehr. Außerdem gibt die LWD vierteljährlich einen Newsletter mit aktuell laufenden und bevorstehenden Beteiligungsprojekten heraus.

Seit 2019 gibt es in Leipzig das Forum Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement. Auch dieses Gremium, dessen Einrichtung 2017 vom Stadtrat beschlossen wurde, nimmt eine beratende Funktion ein. Drei- bis viermal im Jahr kommen die Mitglieder des Forums unter Ausschluss der Öffentlichkeit zusammen, um im sicheren Rahmen zu diskutieren. „Die Mitglieder im Forum setzen Impulse für die Weiterentwicklung der Beteiligungskultur, unter anderem, indem es Beteiligungsprojekte frühzeitig im Vorfeld der Umsetzung diskutiert“, beschreibt die Verwaltung die Arbeit des Gremiums.

Zwei Jahre später, 2021, wurde das Referat Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt aus dem Boden erhoben, das sich für Demokratieförderung als Querschnittsthema innerhalb der Verwaltung und zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung einsetzt. Denn längst hat man in der Verwaltung erkannt: „Beteiligung von Bürger/-innen und Einwohner/-innen ist [...] ein zentrales Mittel zur Stärkung des Vertrauens in demokratische Institutionen

und Akteure und auch zur Förderung des demokratischen Miteinanders.“ Eines der Hauptanliegen des Referats ist es, den Stimmen bisher eher wenig bis gar nicht gehörter Bevölkerungsgruppen Raum zu verleihen. Darunter zählen beispielsweise auch Kinder und Jugendliche.

Praktische Beteiligung: Leipzigs Bürgerhaushalt

Ein weiteres und ganz praktisches Mittel zur Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger ist der 2022 zum ersten Mal in Kraft getretene Leipziger Bürgerhaushalt. Dieser bezieht 15.000 zufällig ausgeloste Leipziger*innen ein, die über zuvor ebenfalls von Bürger*innen eingereichte Vorschläge für Investitionen in der Stadt abstimmen. Die Top Ten der ausgewählten Ideen findet direkten Einzug in den Doppelhaushalt der Stadt. In der ersten Runde des Bürgerhaushalts landete der Wunsch nach einem kostengünstigen ÖPNV auf Platz eins der Vorschlagsliste, gefolgt von „öffentlichen Toiletten“ und „Photovoltaik auf städtischen Liegenschaften“. Letztere zwei Wünsche werden seitdem nach und nach umgesetzt, ersterer mit den Verhandlungen um das Deutschlandticket wohl zum Teil erfüllt.

Auch im nächsten Doppelhaushalt 2025/2026 werden die Vorschläge der Leipzigerinnen und Leipziger Einzug finden. Das Format wird stetig evaluiert und weiterentwickelt. Leipzigs Finanzbürgermeister Torsten Bonew erklärte bereits zum Start des Bürgerhaushalts in 2022: „Projekte, die zum ersten Mal durchgeführt werden, sind immer mit Chancen und Risiken verbunden. Die Chance die Bürgerbeteiligung zu erhöhen habe ich ergriffen und erfolgreich genutzt. Aber auch die Risiken und Herausforderungen dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Deshalb wird der Prozess analysiert und evaluiert, umso die zukünftige Vorgehensweise [...] noch einfacher, fairer und wirkungsvoller zu gestalten.“ Dazu gehört laut Verwaltung unter anderem auch, noch mehr Menschen zu erreichen. Einen entsprechenden Antrag der Linksfraktion, dass künftig 20.000 statt der bisher 15.000 Einwohner*innen zur Abstimmung über die Bürger*innenvorschläge herangezogen werden, lehnte Leipziger Stadtrat in seiner Sitzung am 24. Januar, allerdings ab. ■

Formelle Beteiligung

Die formelle Beteiligung ist gesetzlich vorgeschrieben. Es gibt klare Festsetzungen, was den Ablauf, die Art der Einbindung von Betroffenen und sogenannten Trägern öffentlicher Belange und die zeitlichen Fristen betrifft.

Beispiele für formelle Bürgerbeteiligung sind die Bauleitplanungen, Raumordnungsverfahren, Genehmigungsverfahren, Themen der Landes- und Regionalplanung und Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Informelle Beteiligung

Informelle Beteiligung ist gesetzlich nicht vorgeschrieben und wird von Städten und Gemeinden freiwillig und je nach Anlass und aktuellem Bedarf durchgeführt. Oft ist sie der formellen Beteiligung vorgeschaltet oder ergänzt diese.

Informelle Beteiligung ist häufig dialogorientiert und kann passend zum einzelnen Beteiligungsgegenstand flexibel ausgestaltet werden.



MÖGLICHKEITEN

Wichtige Partner

Förderverein als Bürgerbeteiligung

Von Thomas Köhler

Bürgerbeteiligung, darunter verstehen die meisten Menschen Initiativen und Vereine, die irgendetwas Kompliziertes tun. Aber auch die Arbeit im Förderverein einer Schule gehört zur Bürgerbeteiligung und ist für manche Menschen die direkte Beteiligungsform.

Am Leipziger Leibniz Gymnasium gibt es den Verein der Freunde und Förderer der Leibnizschule Gymnasium e. V. schon seit 30 Jahren. Wir waren zum Tag der offenen Tür, am 19. Januar 2024, im Leibniz Gymnasium und haben Heike Meichsner, die stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins, getroffen.

Motivation

Frau Meichsner, seit wann sind Sie im Förderverein und was hat Sie motiviert?

Als ich den Förderverein kennengelernt habe, damals war ich noch Elternvertreter, war eine ganz wichtige Aufgabe der Fördervereine, die Eigenmittel für die GTA einzuwerben. Ohne den Eigenanteil hätte man die Angebote damals nicht machen können. Aber auch heute noch spielen sie eine wichtige Rolle, können manchen Wunsch schnell und unbürokratisch erfüllen, für den die Mittel des Schulhaushaltes einfach nicht ausreichen oder die Beschaffung zu kompliziert wäre.

Als Elternsprecher lernt man auch schon vieles über die Zuständigkeiten in der Stadt und er Austausch im Kreiselternerat hat auch aufgezeigt, was an anderen Schulen möglich war. Diese Erfahrungen waren eine gute Basis für meinen Wechsel in den Verein. Ein Beispiel ist die Bühne, die wir jetzt in der Aula haben. Eine ähnliche Bühne gab es schon im Kantgymnasium, damals wurde dann ein Treffen mit Vertretern aus dem Amt dort organisiert und gesagt, das möchten wir auch. Das hat die letztliche Genehmigung erleichtert.



Leibniz Gymnasium am Nordplatz

Projekte

Die Bühne ist ein Projekt, welches der Förderverein initiiert hat, welche weiteren Projekte gab es?

Wir haben uns damals auch für einen Trinkbrunnen in der Schule eingesetzt, bei Sanierungen ist das inzwischen Standard an den Schulen. Der Stadtrat hatte ein Budget beschlossen, dass auch an einigen Schulen im Jahr Trinkbrunnen nachgerüstet werden konnten, das konnten wir damals für unsere Schule nutzen. Auch für die Weiterführung der Schulbibliothek haben wir uns damals eingesetzt, das ist nach wie vor ein aktuelles Thema in der Stadt.

Auch die Schülerratsfahrt war anfangs eine Initiative des Elternrates, die der Förderverein finanziell unterstützt hat, zeitweise waren wir selbst auch in die

Organisation sehr involviert, mittlerweile hat das die Schule zu großen Teilen selbst übernommen, das freut uns sehr. Wir unterstützen die Fahrt aber noch immer finanziell.

Das für den Verein wichtigste jährliche Projekt ist der Spendenlauf, bei dem sich jeder Schüler einen oder mehrere Sponsoren sucht – zum überwiegenden Teil sind das Eltern oder Großeltern, also Familienmitglieder. Das ist unsere Haupteinnahmequelle, ohne dieses Engagement der Schüler und ihrer Familien hätten wir viel weniger finanzielle Möglichkeiten. Zu Corona-Zeiten konnten wir den Lauf nicht durchführen, da haben wir für ein Stadtradelteam an der Schule geworben und dafür Sponsoren gewonnen – seitdem hat die Schule jedes Jahr am Stadtradeln teilgenommen und es auch unter die Top 50 geschafft – nur das Losglück bei der Preisvergabe fehlte noch.

Weiterhin organisieren wir jährlich ein Absolvententreffen im Januar, unterstützen das Hoffest und die Abiturzeugnisausgabe mit kleinen Auszeichnungen.

Mitglieder

Wie viele Mitglieder hat der Förderverein und sind das alles Eltern von Schülerinnen und Schülern?

„Wir haben ca. 180 Mitglieder, das sind meist Eltern, aber inzwischen sind auch wieder knapp 20 Lehrerinnen und Lehrer dabei. Das freut uns sehr, das ist auch gut für die Kommunikation, so wissen auch die Lehrer, was Thema im Verein ist und wofür die Gelder ausgegeben werden. Auch einige wenige ehemalige Schüler sind noch im Verein.“

Hausmeisterwohnung

Ich habe da etwas von einem Projekt „Umbau der Hausmeisterwohnung“ gehört, was ist das?

Der Hausmeister ist im letzten Jahr altersbedingt ausgezogen. Es ist nicht mehr üblich in Leipzig, dass die Hausmeister in der Schule wohnen. Deshalb können die Räume künftig von der Schule genutzt werden – wir haben bislang kein Zimmer für den Schülerrat, auch keinen Aufenthaltsraum für Freiblöcke oder ein Zimmer für eine Schulsozialarbeiterin. Dafür muss die Wohnung umgebaut und neu ausgestattet werden. Die Renovierung sollte durch die Stadt erfolgen, aber nachdem nach 3 Monaten noch nichts passiert war, haben Mitglieder des Schülerrates und 2 Lehrer schon mal angefangen und wir haben die Materialien finanziert.

Damit wollen wir keinesfalls die Stadt ermutigen zu warten bis das andere für sie erledigen. Aber klar, was man selber macht, wird auch mehr wertgeschätzt, aber die schnelle und unkomplizierte Bereitstellung der Materialien wäre schon trotzdem wünschenswert gewesen. Aber wir sind ja froh, dass es überhaupt möglich war.

Letzte Frage

Sie ja nun im Vorstand vom Förderverein. Was bedeutet das eigentlich, wie

viel Zeit und Nerven kostet Sie und die anderen Vorstandsmitglieder das?

Also wie in jedem Ehrenamt, man setzt seine Zeit, man setzt seine Nerven, man setzt seine Energie ein, aber es ist durchaus befriedigend, denke ich.

Ja genau, zumal wir derzeit auch ein gutes Team sind, jeder bringt das ein, was er kann – ich die IT, Frau Rahmen die ganze Buchhaltung, Frau Lange, die Vorsitzende, ganz viele repräsentative Termine – das ist ja auch nicht jedermanns Sache und Gestaltung von Urkunden, Plakaten, Flyern und Frau Wiesemüller die Protokolle und die Kommunikation mit Eltern – und Schülerrat.

Wir haben auch einen kleinen Pool an Unterstützern, die wir für die eine oder andere Aufgabe aktivieren können – nicht zuletzt ist auch immer eine Vertreterin der Schulleitung im Vorstand und unterstützt uns keinesfalls nur formal – es ist zu den Sitzungen auch wirklich immer jemand aus der Leitung oder die GTA Koordinatorin da. Das schätzen wir auch sehr, es ist ja alles neben dem Job.

Frau Meichsner, ich bedanke mich für das Gespräch. Vielleicht erreicht es ja jemanden und macht Lust zum Mitmachen im Förderverein.

Die Schulleiterin

Nach einigen Jahren der Vakanz der Stelle als Schulleiter und kommissarischer Leitung hat das Leibniz-Gymnasium seit September 2023 mit Diana Schneider eine hauptamtliche Schulleiterin. Wir haben sie nach ihren Erfahrungen mit Fördervereinen gefragt.



Heike Meichsner und Sandra Wiesemüller

Welche Bedeutung hat für Sie als Schulleiterin ein Förderverein, ist der gut oder nerven die?

Nein, die Nerven überhaupt nicht. Ich bin ganz dankbar, dass wir den Förderverein haben, die Mitglieder sind oftmals die Mütter oder die Väter von Schülerinnen und Schülern, aber auch von Ehemaligen und die haben natürlich auch eine ganz emotionale Bindung zum Leibniz. Sie sind uns eine ganz große Stütze, zum einen, was Veranstaltungen angeht, die sie also mit organisieren, mitgestalten.

Da will ich auch nicht verschweigen, der Förderverein stellt natürlich auch Fördermittel zur Verfügung, unterstützt zum Beispiel beim Abiball mit einer Finanzspritze, damit wir die Saalmieten bezahlen können und so was. Das ist aber nur ein ganz kleiner Anteil, die finanzieren uns wirklich unheimlich viel und sind sehr, sehr entgegenkommend, was diesen Teil angeht.

Den Förderverein gibt es ja schon etwa 30 Jahre, da ist die Zusammenarbeit schon eingespielt, vermute ich.

Absolut, wir haben einen ganz kurzen Draht, wir sind über WhatsApp verbunden. Ich bin ja selber auch Mitglied, wir treffen uns immer regelmäßig und tauschen uns einfach auch aus und so geht auch ganz vieles über den sogenannten kurzen Dienstweg, dass wir uns absprechen können und voneinander hören.

Also von Ihrer Warte aus ist ein Förderverein für eine Schule eine tolle Sache?

Eine tolle Sache und auch absolut notwendig. Ich wüsste gar nicht, wie wir es ohne den Verein machen sollten. Ich finde, es ist eine ganz tolle Tradition und kenne ich das auch von anderen Schulen, wo ich bisher gearbeitet habe, so und habe es immer nur positiv erlebt.

Vielen Dank Frau Schneider für Ihr Statement.

Fazit: Ein Förderverein ist für eine Schule ein wichtiger Partner, nicht nur bei der Finanzierung zusätzlicher Angebote. Die ehrenamtliche Mitarbeit im Förderverein ist ein wichtiger, oft unterschätzter, Aspekt in der Bürgerbeteiligung. ■



VOR ORT

Beteiligung in Leipzig

Initiativen stellen sich vor.

Von Yaro Allisat

Leipzig lebt von der Mitgestaltung durch seine Bürger*innen. Ob in Gemeinschaftsgärten, in der Selbsthilfwerkstatt, der Jugendpresse oder im Seniorenbüro: Die Beteiligung in Leipzig ist vielfältig. Wir haben einige Leipziger Initiativen gebeten, sich und ihre Arbeit vorzustellen.

Querbeet

Seit wann gibt es euch und worin besteht eure Arbeit?

Die Initiative Querbeet entstand 2012 mit der Idee, Brachflächen im Leipziger Osten als Gemeinschaftsgärten mit der Nachbarschaft umzugestalten. 2016 gründete sich daraus der Verein Querbeet Leipzig e.V. Seitdem haben wir mehrere Brachflächen und nicht/wenig genutzte Freiflächen als offenen Gärten umgestaltet, die als grüne Lebensräume für Menschen, Tiere und Pflanzen inmitten

städtischer Dichte fungieren. Wir bieten neben dem gemeinsamen Gärtnern, Bildungsangebote und soziokulturelle Veranstaltungen an. Zudem nehmen wir aktiv an der Mitgestaltung der Stadtgebiete teil und setzen uns für den Erhalt von Grün- und Freiräumen ein. Mittlerweile betreuen wir fünf unterschiedlich große Flächen als Gemeinschafts- oder Projektgärten. Die drei Gemeinschaftsgärten befinden sich am Bernhardtplatz sowie in der Ludwigstraße 21 und 59. Unsere Projektgärten sind der Mitmachgarten Wirrwuchs und drei Parzellen im KGV Ostende e.V. in Paunsdorf.

Wie kann man sich bei euch engagieren? Was kann man machen und gibt es Voraussetzungen?

Es gibt keine Voraussetzungen, um bei uns mitzumachen. Unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht und Sprachkenntnisse können sich alle bei uns engagieren, die Lust haben. Wir haben für die Flächen festgelegte Öffnungszeiten, an denen Besucher:innen und Interessierte den Garten nutzen können. Auch die Unterstützung bei unseren soziokulturellen Veranstaltungen ist willkommen. Gärtnerische Erfahrung und ein grüner Daumen



Vielfalt blüht im Garten des Leipziger Queerbeet e.V. – Ein farbenfrohes Miteinander, das Gemeinschaft und Natur in Einklang bringt.

sind kein Muss, denn es gibt genügend andere Aufgabenbereiche: Bauen und Instandhaltung, Planung von Bildungs- und Kreativangeboten sowie von Veranstaltungen, Vereinsorganisation.

Gibt es Faktoren, die eure Arbeit erschweren?

Da wir ein Garten sind, spielen die Jahreszeiten und Wetterereignisse eine wichtige Rolle für unsere Arbeit. Die Flächen in der Ludwigstraße und am Bernhardiplatz machen eine Winterruhe zwischen November und April, in Paunsdorf gibt es im Winter reduzierte Öffnungszeiten.

Als gemeinnützige Organisation sind wir auf Fördergelder und Spenden angewiesen, um unsere Arbeit durchführen zu können und die Flächen als offene Gärten zu erhalten.

Ein oftmals wiederkehrendes Problem ist Vandalismus, wobei wir davon aktuell besonders im Mitmachgarten Paunsdorf betroffen sind. Hier sind wir zusätzlich mit Anschlägen aus dem rechtsextremen Milieu konfrontiert (u. a. vom „Dritten Weg“).

Was war deine schönste Begegnung bei Queerbeet?

Oft sind es die kleinen Dinge, wie zum Beispiel ein Kind, das nach einem Jahr in

unserem Kitaprojekt den Lavendelbusch vollkommen umarmte und den Duft einsaugte. Im ersten Jahr seiner Teilnahme, riss es alle noch grünen Tomaten aus dem Gewächshaus.

Aber auch Veranstaltungen, bei denen ein bunt gemischtes Publikum zusammenkommt, um zu feiern, zu tanzen, Kultur zu genießen oder sich auszutauschen, sind immer wieder toll zu erleben.

Kontakt

Caroline: info@querbeet-leipzig.de

Mobil: 0157/35485998

➔ www.querbeet-leipzig.de

➔ www.wirrwuchs.de

RosaLinde

Seit wann gibt es euch und worin besteht die Arbeit eures Vereins?

Der RosaLinde Leipzig e.V. existiert seit 1990 (Gründung der Arbeitsgruppe zwei Jahre zuvor). Wir setzen uns gegen Diskriminierungen rund um Geschlechtlichkeiten und sexuelle Orientierungen ein. Die Arbeit des RosaLinde Leipzig e.V. besteht aus vier wesentlichen Bereichen: Begegnung, Bildung, Beratung und Kultur.

Für die Begegnung gibt es unterschiedliche Selbsthilfe- und Freizeitgruppen, die sich in den Räumen des RosaLinde e.V. treffen.

In den Bereich der Bildung fällt das Antidiskriminierungsprojekt „liebe bekennt

farbe!“, welches Sensibilisierungsworkshops für Schüler*innen und Lehrkräfte in Leipzig und Umgebung anbietet, um Queerfeindlichkeit zu thematisieren, zu hinterfragen und letztlich abzubauen. Das Projekt „Schule der Vielfalt“ möchte Schulen zu queerfreundlicheren Orten machen. Teilnehmende Projektschulen werden von uns in enger Kooperation dabei unterstützt, Themen rund um sexuelle Orientierungen und Geschlechtlichkeiten dauerhaft im Schulalltag zu verankern.

Die professionelle psychosoziale Beratung widmet sich allen Lebenslagen von LSBTIANQ* Menschen, wird anonym durchgeführt und richtet sich darüber hinaus auch an Freund*innen und Angehörige. Außerdem wird psychosoziale Beratung auch mobil im Leipziger Umland durch das Projekt „Que(e)r durch Sachsen- Mobil im ländlichen Raum“ angeboten, weil nicht alle LSBTIANQ* die Möglichkeit haben für ein Beratungsgespräch in die Stadt zu fahren. Zusätzlich dazu gibt es seit 2023 die Jugendberatung, die sich explizit an queere Jugendliche richtet.

Das Queer Refugees Network kümmert sich um die spezifischen Bedarfe von geflüchteten Queers und solchen mit Migrationsgeschichte und begleitet im Asylprozess.

Das Queer Connection Project richtet sich an LSBTIANQ*, die mehrfache Diskriminierungen erfahren. Durch das Projekt sollen Menschen mit unterschiedlichen Intersektionalitätserfahrungen



Die Progress Pride Flag begrüßt auf der Startseite des RosaLinde Leipzig e.V.

zusammengebracht werden, also bspw. queere Menschen mit und ohne Fluchterfahrung. Wir möchten insbesondere Menschen ansprechen, die sich zum einen als LSBTIANQ* begreifen und zum anderen als geflüchtet, (post)migrantisch, migrantisiert, jüdisch, muslimisch und/oder BiPoC (Black, indigenous, Person of Color).

Seit März 2023 gibt es ein Empowerment Project für queere BiPoC, Refugees und (Post-)Migrant*innen. Im Rahmen des Projekts finden Veranstaltungen wie Balls und Gruppen-Hangouts zum gemeinsamen Kennenlernen und Austauschen statt.

Der kulturelle Bereich umfasst unterschiedlichste Veranstaltungsformate wie Lesungen, Partys, Vorträge, Flohmärkte etc.

Wie kann man sich bei euch engagieren? Was kann man machen und gibt es Voraussetzungen?

Wir arbeiten eng mit Ehrenamtlichen zusammen die uns in unterschiedlichen Bereichen unterstützen zum Beispiel im Bildungsprojekt (Workshops in Schulklassen) Queer Refugees Network (Organisation von Veranstaltungen // Begleitung bei Behördengängen // Pat*innen-Programm // Recherchegruppe Länder // Dolmetschen, wenn andere Erstsprache als Deutsch), im Arbeitskreis Kultur: Organisation von Veranstaltungen, bei der Unterstützung in der CSD-Woche, in Selbsthilfe- und Freizeitgruppen: Unterstützung bestehender Gruppen // Gründung einer neuen Gruppe

Du willst Mitmachen? Dann schau auf unserer Homepage vorbei:

➔ www.rosalinde-leipzig.de/de/verein/mitmachen/

Gibt es Dinge/Faktoren, die eure Arbeit erschweren?

Grundsätzlich sind wir, wie viele Vereine von Fördermitteln abhängig. Die jährliche Förderung erschwert es, langfristig zu planen und unseren Mitarbeiter*innen eine langfristige und stabile Arbeitsstruktur zu bieten. Das politische Klima in Sachsen und das Erstarken von AfD und anderen rechten Gruppierungen gehen auch an uns nicht spurlos vorbei und es kommt immer wieder zu Anfeindungen und Hetze. Vor allem über unsere Social



Vereinsmitglieder Jugendpresse Sachsen bei der LPK Sachsen

Media Kanäle werden wir immer wieder queerfeindlich beleidigt und auch unser Bildungsprojekt steht immer wieder in der Kritik

Was war deine schönste/bewegendste oder lustigste Begegnung im Rahmen der Initiative/Gruppe?

Schöne und bewegende Momente und Begegnungen finden bei uns täglich statt, es sind meistens die kleinen Dinge. Ein Beratungsgespräch was der Person weiterhilft, Menschen, die einen Asylantrag dank unserer Hilfe bewilligt bekommen, Schüler*innen die uns eine kleine Nachricht hinterlassen, wie sehr ihnen unser Workshop in der Schule geholfen hat usw. Natürlich gibt es auch immer wieder tolle Veranstaltungsformate wie den Practice Ball, wo alle Queers zusammenströmen und eine liebevolle und empowernde Gemeinschaft bilden. Das sind Momente, die uns in unserer Arbeit bestärken.

Kontakt

Alle Kontaktdaten (zu den einzelnen Projekten) finden sich auf unserer Homepage:

➔ www.rosalinde-leipzig.de/

Grundsätzliche Anfragen immer über: kontakt@rosalinde-leipzig.de

Wir sind außerdem immer auf der Suche nach neuen Mitgliedern die uns auch finanziell in unsere Arbeit unterstützen. Dazu gerne mal auf unserer Homepage schauen.

Jugendpresse Sachsen e.V.

Seit wann gibt es euch und was macht ihr?

Die Jugendpresse Sachsen e.V. (JPS) arbeitet ehrenamtlich, ist als gemeinnützig anerkannt und wird projektbezogen von verschiedenen Institutionen unterstützt. Der Verein wurde im September 1990 gegründet und ist seitdem Mitglied in der „Jugendpresse Deutschland e.V.“, in der sich über 20 ähnliche Vereine zusammengeschlossen haben. Er versteht sich als Interessenvertreter seiner Mitglieder und aller jungen Medienmacher in Sachsen. Die JPS organisiert und veranstaltet Seminare und Workshops zu journalistischen Fragen und anderen aktuellen Themen. Gemeinsam mit dem sächsischen Kultusministerium und den Jungen Medienmachern Sachsen veranstaltet die Jugendpresse Sachsen jährlich den Sächsischen Jugendjournalistenpreis, der Auszeichnung für die besten Schülerzeitungen des Landes Sachsen. Auf Interesse stoßen bei Schülern und Studenten ebenfalls die von der JPS organisierten Presseausflüge in das US-Konsulat oder zum Jugendpresstag. Diese ermöglichen dem Jugendmediennachwuchs einen Einblick hinter die Kulissen großer Zeitungen und ermöglichen eine Diskussionsrunde mit Politikern, die Rede und Antwort stehen.

Wie kann man sich bei euch engagieren? Was kann man machen und gibt es Voraussetzungen?



Fassade des Seniorenbüro Ost „Inge & Walter“ in der Eisenbahnstraße 66

Die JPS freut sich immer über neue Aktive, die Lust auf journalistische Arbeit haben oder sich in der Mobilien Medienakademie engagieren möchten. Die einzige Voraussetzung ist, dass du Lust hast dich bei uns mitzumachen. Komm einfach zu unseren Öffnungszeiten vorbei, schreib eine Mail an hallo@jugendpresse-sachsen.de oder ruf uns an! In regelmäßigen Treffen könnt ihr dann auch eigene Projekte planen, uns auf Exkursionen unterstützen, oder aktive Medienarbeit in sächsischen Schulen stärken.

Gibt es Faktoren, die eure Arbeit erschweren?

Herausforderungen, die die Umsetzung von Workshops beeinträchtigen, umfassen häufig Zeitmangel. Es ist bedauerlich, dass wir nicht alle Anfragen annehmen können, selbst wenn sie als wichtig erachtet werden. Finanzierung stellt ebenfalls gelegentlich eine Hürde dar, insbesondere wenn die Kosten nicht vollständig gedeckt sind.

Was war deine schönste/bewegendste oder lustigste Begegnung im Rahmen des Vereins?

Die bewegendsten Momente finden eigentlich immer in den Workshops mit Schüler*innen statt. Die Begeisterung mit denen sie ihre Zeitungen gestalten und bei den Workshops dabei sind, ist ansteckend und macht wahnsinnig Spaß. Besonders schön ist es, wenn man merkt, dass sie was Neues gelernt haben und das

Wissen direkt anwenden möchten.

Kontakt

➔ www.jugendpresse-sachsen.de
 Bürozeiten in der Lesingstraße 7
 Dienstag: 09:00 bis 15:00 Uhr
 Donnerstag: 12:00 bis 18:00 Uhr

Seniorenbüro Ost

Seit wann gibt es euch und was macht ihr als Initiative?

Das Seniorenbüro Ost „Inge & Walter“ gibt es seit November 2013. In der Begegnungsstätte, die sich in der Eisenbahnstraße 66 befindet, werden vielfältige Veranstaltungen angeboten. Grundsätzlich sind unsere Angebote gegen Einsamkeit im Alter und niederschwellige Hilfen ausgerichtet. Unsere Begegnungsangebote reichen vom Gedächtnistraining über die Montagsmaler, den Kreativ- und Handarbeitszirkel, die Bunten Diensttage, das gemeinsame Singen bis zu Spielvormittagen, Smartphonestunden und Informationsveranstaltungen (etwa: Was kann ich gegen Einsamkeit tun?). Im Internationalen Sprachcafé können Menschen unterschiedlicher Kulturen in angenehmer Atmosphäre die deutsche Sprache üben. Einmal monatlich (außer in den Sommermonaten Juli und August) findet zudem ein Sonntagscafé statt. Außerdem können sich Seniorinnen und Senioren sowie deren Angehörige in vielfältigen

Lebensfragen individuell beraten lassen. Aber man kann auch nur hereinschauen auf eine Tasse Kaffee und ein Gespräch, im Bücherregal oder am Kleiderständer stöbern. Außerdem bietet ein Ehrenamtlicher handwerkliche Unterstützung im Haushalt an. Bei allen diesen Anliegen ist es uns wichtig, mit den Netzwerkpartnern, vor allem des Leipziger Ostens, engen Kontakt zu halten.

Wie kann man sich bei euch engagieren? Was kann man machen und gibt es Voraussetzungen?

Es gibt viele Möglichkeiten, sich ehrenamtlich im Seniorenbüro zu engagieren. So ist bei der Vor- und Nachbereitung von Feiern tätige Unterstützung willkommen. Auch unser Garten freut sich über fleißige Hände. Wer gerne über eine Reise, über sein Hobby oder seinen Lebensweg berichten oder andere daran teilhaben möchte, findet dazu Gelegenheit. Nicht zuletzt lädt unser Klavier zum Musizieren ein. Voraussetzung ist die Begeisterung für die Sache.

Gibt es Faktoren, die eure Arbeit erschweren?

Uns ist es ein großes Anliegen, Probleme kreativ zu lösen. Eine große Herausforderung für uns bilden dabei die mannigfachen Risse, die sich durch die Gesellschaft ziehen und sich auch in unserer Begegnungsstätte äußern, beispielsweise wenn sich hier Menschen aus der Ukraine und aus Russland begegnen oder wenn Besucherinnen und Besucher ihre Unzufriedenheit pauschal auf Flüchtlinge projizieren. Zudem spüren wir immer wieder, dass einige unserer Gäste wenig Verständnis für ein Umdenken in Fragen des Umwelt- und Klimaschutz haben. Außerdem beschäftigt uns immer wieder das schlechte Image unserer Straße, das nicht zuletzt durch die Medien geprägt wurde. Uns ist es vor diesen Hintergründen ein großes Anliegen, durch Projekte Möglichkeiten zu schaffen, sich von Mensch zu Mensch zu begegnen, eigene Erfahrungen zu sammeln und die Perspektiven unseres kulturell vielfältigen Wohnviertels zu entdecken. Zudem ist es uns ein wichtiges Anliegen, für die spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen ein Sprachrohr zu bieten.

Was war eine schöne, bewegende oder lustige Begegnung?

Da gibt es eine ganze Reihe von Erlebnissen: Etwa, wenn Senioren bei der Heiligabendfeier sich noch wie Kinder freuen können über ein Geschenk. Wenn eine Besucherin nach einem schweren Sturz und langer Abwesenheit plötzlich wieder zur Türe hereinkommt. Oder wenn sich hier zwei Menschen wiederfinden, die vor Jahrzehnten im gleichen Betrieb gearbeitet haben, sich verlieben und die folgenden Jahre miteinander teilen. Oder wenn das Trio Just for Swing Besucherinnen und Besucher spontan zum Tanzen animiert, einschließlich der Mitarbeitenden. Aber auch eine herzliche Bemerkung zwischendurch bleibt oft lange in Erinnerung oder wird sogar zum „geflügelten Wort“.

Foto: Nathalie Zaebe



BUND-Gemeinschaftsgarten in Grünau

Kontakt

Seniorenbüro Ost „Inge & Walter“
Eisenbahnstraße 66, 04315 Leipzig
Leitung: Susanne Volk und Anja Büchting,
Assistenz: Thomas Schinköth,
Telefon: 0341/26 37 11 68
E-Mail: seniorenbuero@muehlstrasse.de
➔ www.seniorenbuero-ost.de

BUND Leipzig

Seit wann gibt es euch und was macht ihr als Initiative/Gruppe?

Die Regionalgruppe Leipzig gibt es seit 1994. (Wir feiern in diesem Jahr unseren 30. Geburtstag).

Wir engagieren uns für den Erhalt der Biodiversität, den Schutz des Klimas und die Rechte der Verbraucher*innen in der Stadt Leipzig. Die Art und Weise kann ganz verschieden aussehen: Mitmischen in der Lokalpolitik, Bildungsveranstaltungen für Kinder und Erwachsene, praktischer Naturschutz wie Bachreinigungen oder beim Gärtnern in unseren Gemeinschaftsgärten.

Wie kann man sich bei euch engagieren? Was kann man machen und gibt es Voraussetzungen?

Wir bieten vielfältige Möglichkeiten an, sich bei uns zu engagieren, zum Beispiel

in einem der 17 Arbeitskreise. Darin können Aktive sich zu verschiedenen Themen wie Klima & Energie oder Landwirtschaft & Ernährung austauschen, Strategien überlegen, wie die Bevölkerung und die Lokalpolitik für bestimmte Sachverhalte sensibilisiert werden können, Veranstaltungen organisieren und so weiter. Ganz praktisch kann man sich in unseren Gemeinschaftsgärten engagieren. Der Gemeinschaftsgarten im Osten von Leipzig (VAGaBUND Lene) im Lene-Voigt-Park hat bereits sehr viele Mitwirkende. Im Gemeinschaftsgarten Grünau suchen wir noch nach weiteren Aktiven, die Lust haben, in der Erde zu wühlen, Veranstaltungen zu organisieren oder einen Ort zum Austausch suchen.

Die Grünfläche in einer sehr dicht bebauten Umgebung konnte in den letzten Jahren bereits mit Hochbeeten versehen werden. Ein Bauwagen und eine Feuerstelle laden zum Verweilen ein. Voraussetzungen zum Mitmachen gibt es keine. Wir tolerieren jedoch kein rassistisches, sexistisches und oder anderweitig diskriminierendes Verhalten. Das Haus der Demokratie, wo unsere Büroräume und die Treffen der Arbeitskreise sind, ist auch barrierefrei erreichbar. Der Garten in Grünau ist mit dem Rollstuhl dagegen schwer befahrbar. Wir sprechen hauptsächlich Deutsch. In vielen

Arbeitskreisen und den Gemeinschaftsgärten können die Treffen aber auch auf Englisch abgehalten werden.

Gibt es Faktoren, die eure Arbeit erschweren?

Vor allem fehlendes Geld für Personal erschwert unsere Arbeit. Wir brauchen mehr hauptamtliche Stellen für kontinuierliche Ansprechpartner*innen für Natur- und Umweltschutzbelange sowie für weitere Bürotätigkeiten, die wir durch Bundesfreiwilligendienste und unseren Ehrenamtlichen nicht abdecken können. Wir freuen uns daher immer sehr über Spenden und Patenschaften. In unserem Gemeinschaftsgarten Grünau ist es vor allem Vandalismus, der die Arbeit der Gruppe erschwert. Wir möchten daher als Nächstes eine Hecke pflanzen, die die Fläche umgrenzen soll. Wir freuen uns, wenn Menschen Lust haben, uns dabei zu unterstützen und den Ort mit uns weiter zu denken.

Was war deine schönste Begegnung im Rahmen des Vereins?

Um noch einmal von unserem Gemeinschaftsgarten in Grünau zu sprechen: Ein sehr schönes Erlebnis war, als wir im Rahmen der Interkulturellen Wochen unseren Barfuß-Pfad gebaut haben – mit

vereinten Kräften und in unterschiedlichen Sprachen. Als wir fertig waren, kamen direkt die Kinder vom Spielplatz gegenüber, um ihn auszuprobieren. Mit mitgebrachten Speisen und Getränken klang der Tag am Lagerfeuer mit Gitarrenmusik aus.

Kontakt

Habt ihr Lust, in unserem Gemeinschaftsgarten in Grünau mit anzupacken? Dann schaut unter

➔ www.bund-leipzig.de/ogwest/ und meldet euch bei kontakt@bund-leipzig.de

Die Gartengruppe trifft sich auch ab Frühjahr wieder jeden Freitag von 16-18 Uhr im Gemeinschaftsgarten (Miltitzer Allee 2, WK 8 Lausen-Grünau 04207 Leipzig) – kommt einfach vorbei!

Mehr Mitmachmöglichkeiten beim BUND Leipzig findet ihr hier:

➔ www.bund-leipzig.de/aktiv-werden/

Café Kaputt

Seit wann gibt es euch und was macht ihr als Initiative/Gruppe?

Das Café kaputt ist eine Reparaturcafé und Bildungsort im Leipziger Westen. 2024 werden wir unser 10-jähriges Jubiläum feiern und wollen gemeinsam auf viele Jahre Reparaturkultur hier im Café kaputt zurückblicken. In unseren spendenbasierten und barrierefreien Reparatur-Sprechstunden können Nutzer*innen ihre kaputten Gegenstände mit Hilfe von ehrenamtlichen Reparatur-Expert*innen reparieren. Unsere Reparatur-Sprechstunden finden regelmäßig von Di-Do statt und sind aufgeteilt in Elektro-, Heimwerken- und Textil-Sprechstunden (Öffnungszeiten sind auf unserer Homepage zu finden). Im Café kaputt kann man das Reparieren beim gemeinsamen Tüfteln lernen und sich zu Themen rund um Themen wie, „Recht auf Reparatur“, Abfallvermeidung und Ressourcenschutz austauschen. Denn Reparieren hat so einige Vorteile: man vermeidet nicht nur

Abfälle und Elektroschrott und schützt so die Umwelt, man lernt auch sich selbst wirksam zu werden und kann sein erlerntes Wissen mit anderen teilen.

Wie kann man sich bei euch engagieren? Was kann man machen und gibt es Voraussetzungen?

Man kann sich bei uns als Reparatur-Helfer*in engagieren oder uns bei anderen Tätigkeiten, wie Öffentlichkeitsarbeit unterstützen, die wir vorher miteinander absprechen. Als Reparatur-Helfer*in hast Du am besten ein breites Wissen über Reparaturtechniken in den Bereichen Elektronik, Heimwerken oder Nähen bzw. Reparatur von Textilien. Derzeit suchen wir insbesondere Menschen, die sich in Textil-Reparaturen und im Bereich SMD-Löten auskennen und freuen uns immer, wenn im Technik-Bereich mehr weiblich gelesene Personen zu uns stoßen. Darüber hinaus freuen wir uns immer über Sachspenden oder Tee- und Kuchenspenden. Gesuche teilen wir über Social Media. Wer zu unserer langfristigen finanziellen Sicherheit beitragen will, kann zudem Fördermitglied mit einer frei gewählten jährlichen Fördersumme werden oder eine einmalige Spende geben (siehe Homepage).

Gibt es Faktoren, die eure Arbeit erschweren?

Die Reparaturen und unsere Arbeit im Café kaputt werden hauptsächlich durch die reparatur-unfreundliche Produktion der Geräte und das Fehlen von Ersatzteilen oder Produktionsplänen erschwert. Häufig müssen kaputte Gegenstände, die Nutzer*innen hier zur Reparatur mitbringen, direkt entsorgt werden, weil allein die Öffnung des Gehäuses das Gerät derart beschädigt und unbrauchbar macht. Gleichzeitig verzeichnen wir einen immer größer werdenden Andrang an Menschen, die ein Reparaturcafé aufsuchen und würden uns freuen, wenn in jedem Stadtteil ein Reparaturcafé entstehen würde, solange es kein Recht auf Reparatur gibt, welches die Hersteller in die Pflicht nimmt.

Was war deine schönste Begegnung im Rahmen vom Café Kaputt?

Wahrscheinlich hätte jede Person eine eigene lustige Geschichte, die sie hier mit



Reges Begängnis im Reparaturcafé

dem Café kaputt verbindet. Der Name Café kaputt kann zu Verwirrung führen, wie uns eine E-Mail von einer britischen Reise-website zeigte. In dieser wird das Café kaputt in einer Liste von Sehenswürdigkeiten, Restaurants und Cafés aufgeführt. Allerdings eben als solches: ein Café in dem man gut brunchen kann mit leckerem Avocado-Toast und hausgemachtem Kuchen. Bei uns gibt es zwar Kaffee, Tee und ab und an Kuchen, aber hauptsächlich leckere Reparatur-Häppchen.

Ansonsten verfasst ein Reparaturhelfer, der bereits seit vielen Jahren ehrenamtlich tätig ist, regelmäßig besondere Reparatur-Geschichten, die in unserem Newsletter zu lesen sind.

Kontakt

Bitte richtet Eure Reparaturanfragen an sprechstunden@cafekaputt.de und alle weiteren Anfragen an cafekaputt@lebenlernenleipzig.de.

Weitere Informationen findet Ihr auf unserer barrierefreien Website:

➔ www.cafekaputt.de
oder über instagram oder facebook

Bühne der Kulturen

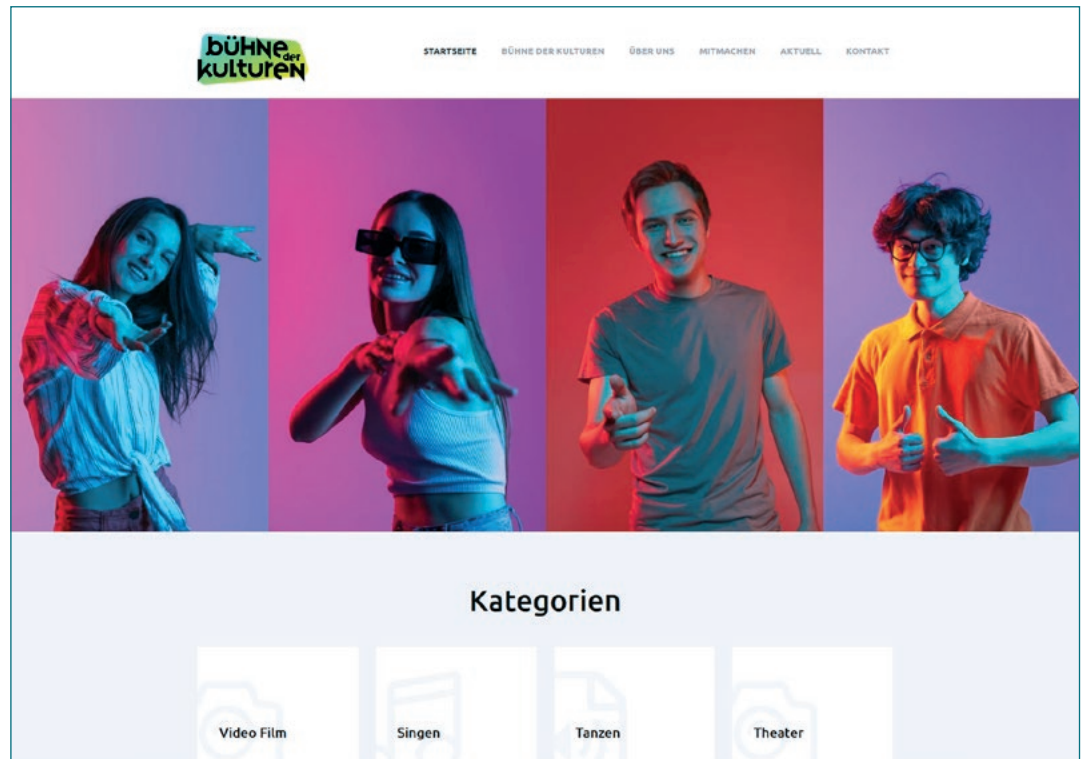
Seit wann gibt es euch und was macht ihr als Initiative/Gruppe?

Die Bühne der Kulturen ist ein 5-Jahres-Projekt, wobei wir uns jetzt im zweiten Projektjahr befinden. Unser Ziel ist es Kinder und Jugendliche auf die Bühne zu bringen, vor allem solche die sonst nicht auf der Bühne stehen.

Wir begleiten die Teilnehmenden dabei über das ganze Jahr und bereiten sie auf den Auftritt vor. Einmal im Jahr gibt es eine Abschlussveranstaltung, die in diesem Jahr wieder in der Philippuskirche in Leipzig Lindenau stattfindet, am 26.05.2024 ab 10:30.

Wie kann man sich bei euch engagieren? Was kann man machen und gibt es irgendwelche Voraussetzungen?

Mitmachen kann jeder der Lust hat teilzunehmen, sei es auf der Bühne oder



Aktuelle Programme und Mitmach-Angebote finden sich auf der Webseite www.dbkleipzig.de

daneben z.B. beim Gestalten der Kulissen oder des Programmhefts. Unsere Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche im Schulalter, alleine oder gemeinsam mit anderen als Gruppe.

Wir sind offen für Gruppen oder Einzelpersonen, die bereits einen Beitrag haben, aber auch für die, die noch nie ein Instrument gespielt, getanzt oder gesungen haben. In dem Fall würden wir dann auch mit Coaching, Probenraum etc. unterstützen. Beiträge aller Art sind möglich von Tanzen über Theater hin zu Poetry Slam. Alles ist für die Teilnehmenden natürlich kostenlos.

Gern freuen wir uns auch Erwachsene, die uns unterstützen wollen, z.B. als Coach, Sponsor*innen oder helfende Hand vor Ort.

Als Drittes freuen wir uns auch über Vereine, die Lust haben sich mit Mitmach- oder Infoständen im Vorfeld der Auftritte zu präsentieren.

Gibtes Dinge/Faktoren, die eure Arbeit erschweren?

Es ist gar nicht so einfach Teilnehmende zu finden die sich trauen, mitzumachen und sich auf die Bühne zu stellen.

Bei Partner*innen merkt man deutlich, dass es Kürzungen und Unsicherheiten

gibt, was eine Zusammenarbeit deutlich erschwert, z.B. weil einfach kein Geld für Betreuungspersonal da ist.

Was war deine schönste/bewegendste oder lustigste Begegnung im Rahmen der Initiative/Gruppe?

Unsere erste Abschlussveranstaltung letztes Jahr war sehr schön und bewegend, weil die Arbeit von einem Jahr zusammengekommen ist und alle von Eltern über Teilnehmende bis hin zu Besucher*innen das Ganze deutlich genossen haben. Danach waren alle euphorisch und wollten gleich ins nächste Projektjahr starten. Ebenfalls ein Highlight war der Besuch eines Fernseheteams vom ZDF, was über uns im Rahmen unserer Förderung von Aktion Mensch berichtet hat. Den Kurzfilm findet man unter ➔ www.aktion-mensch.de/dafuer-stehen-wir/das-bewirken-wir/foerderprojekte/buehne-der-kulturen-leipzig

Kontakt

Anne Kiss (Projektleiterin),
Sächsisches Bildungszentrum e.V.,
Berliner Str. 121 04129 Leipzig,
Tel: 0341 92789226 oder 0176 36349667

➔ Instagram unter: [bdkleipzig](https://www.instagram.com/bdkleipzig)
➔ www.saechsisches-bildungszentrum.de
➔ www.bdkleipzig.de

Juliane Baruck ist eine der Leiter*innen des Projekts „hallo Bundestag“

Foto: es geht los

Hallo Bundestag“ heißt das Projekt der Initiative „Es geht LOS“, die Personen aus der Bürger*innenschaft mit Abgeordneten aus dem Bundestag zum Gespräch zusammenbringt. Das Ziel: Das vorhandene demokratische System durch losbasierte, beratende Beteiligungsformate zu stärken. Seit Januar 2023 haben im Rahmen von „Hallo Bundestag“ 18 Wahlkreistage stattgefunden, an welchen Menschen mit den verschiedensten Hintergründen miteinander über aktuelle bundespolitische Themen diskutiert haben. Wir haben mit Juliane Baruck, einer der Leiter*innen des Projekts, über ihre bisherigen Erfahrungen gesprochen und darüber, wie gelebte Bürger*innenbeteiligung in Zukunft aussehen kann.

Ihr habt ein aufregendes und ereignisreiches Jahr hinter euch, das Projekt „Hallo Bundestag“ hat noch eine letzte von drei Phasen vor sich. Wie geht es euch momentan?

Juliane Baruck: Uns geht es sehr gut. Gerade haben wir die zweite Projektphase erfolgreich und feierlich abgeschlossen. Wir sind überwältigt davon, auf welche gute Resonanz das Projekt trifft, sowohl bei den zufällig ausgelosten Teilnehmenden als auch bei den Abgeordneten. Denn es ist eine Sache, dass wir überzeugt davon sind, dass Wahlkreistage sinnvoll sind für ein demokratisches Miteinander, aber es ist eine ganz andere Sache, wenn auch die Teilnehmenden und die beteiligten Abgeordneten dieser Ansicht sind. Schließlich gibt es andere Formate, wie beispielsweise Infostände auf der Straße, mit denen die Politiker*innen in kürzerer Zeit vielleicht mehr Menschen erreichen können. Dass sie aber gerade den Mehrwert unseres Projekts sehen, das ist toll.

Kannst du die Arbeit der Initiative „Es geht LOS“ und speziell das Projekt „Hallo Bundestag“ noch einmal kurz beschreiben?

JB: „Es geht LOS“ ist eine Initiative des Vereins Demokratie Innovation e. V. Wir arbeiten daran, geloste Bürger*innenbeteiligung zu institutionalisieren.

INTERVIEW

„Wir müssen uns nicht aufgrund von Andersartigkeit gegenseitig misstrauen“

Wahlkreisträte als Baustein zu mehr Kommunikation.

Von Birthe Kleemann



Der Wahlkreistag bringt Menschen mittels aufsuchenden Losverfahrens zur Diskussion zusammen.

Zum Beispiel mit Projekten wie „Hallo Bundestag“. Dabei bringen wir ca. 30 zufällig aus dem Melderegister ausgeloste Menschen aus sechs Wahlkreisen deutschlandweit mit den Bundestagsabgeordneten aus ihrem Wahlkreis zusammen, um über bundespolitische Themen zu diskutieren. In einem gemeinsamen Austausch wollen wir Augenhöhe zwischen einer diversen Gruppe und den Politiker*innen herstellen.

Dieses Format nennen wir „Wahlkreistag“. Darüber hinaus gibt es den Wahlkreisrat: Oft sind Beteiligungsformate einmalig und die dann aktivierten Menschen gehen zurück in den normalen Alltag. Mit dem Wahlkreisrat versuchen wir, ein Angebot zu schaffen, um auch langfristig das Engagement der Teilnehmenden zu fördern. Dafür organisieren wir zum Beispiel weitere Treffen mit den Abgeordneten zu spezifischen Themen. Im Wahlkreis Roth (Bayern) war das

neulich die Legalisierung von Cannabis. Oder aber wir gehen einfach einen Kaffee mit Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt trinken.

Kommen wir noch einmal zum Losverfahren – ihr wählt die Teilnehmenden nicht nur zufällig aus, sondern sucht sie auch in ihrem jeweiligen Wohnort auf, wenn ihr keine Rückmeldung erhaltet. Das bedeutet einen erheblichen Aufwand. Lohnt es sich? Und warum ist das Auslosen der Beteiligten so ein wichtiger Faktor?

JB: Der Zufall ist wichtig, weil sonst zu politischen Veranstaltungen mit großer Wahrscheinlichkeit immer wieder dieselben Personen kommen. Wir erleben in den letzten Jahren zunehmende Politikverdrossenheit. Viele Studien (die Mitte Studie z. B.) zeigen: Immer weniger Menschen vertrauen dem politischen Prozess. Außerdem ist die Selbstverständlichkeit,

mit der sich Menschen am politischen Diskurs beteiligen, sehr ungleich verteilt. So fehlt es besonders Menschen aus marginalisierten Gruppen an Vertrauen, dass ihre Stimme gehört wird.

Um auch (aus welchen Gründen auch immer) politikferne Menschen zu erreichen, wurden in den letzten Jahren immer mehr Beteiligungsformate entwickelt, in welchen die Teilnehmenden zufällig ausgewählt wurden.

Klassischerweise wird das in einem zweistufigen Verfahren gemacht. Das heißt, dass zuerst eine große Personengruppe angeschrieben wird, welche gebeten wird, bestimmte Fragen zu beantworten, beispielsweise nach ihrer Staatsbürgerschaft oder ihrem höchsten Bildungsabschluss. Anhand der Rückläufe wird dann eine repräsentative Gruppe gebildet. Gerade in Formaten, die auf Bundesebene stattfinden, ist diese

Repräsentativität von großer Wichtigkeit, da sie eine stärkere Legitimation der Ergebnisse schafft.

Was in dem zweistufigen Auswahlverfahren außer Acht bleibt, ist der Fakt, dass sich etwa 90 Prozent der angeschriebenen Menschen gar nicht zurückmelden. Wir versuchen, genau diese Menschen zu erreichen, indem wir sie „aufsuchen“, also an ihren Türen klingeln. Bei diesen Gesprächen können wir fragen, was die Menschen von der Teilnahme abhält und gegebenenfalls Hürden abbauen. Oftmals ist es gar nicht so, dass die Menschen keine Lust hätten, an so einem Wahlkreisitag teilzunehmen.

Viele sagen zunächst, sie hätten gar keine Meinung zu dem Thema. Man muss sich auch bewusst machen: Nicht vielen fällt es leicht, allein auf eine Veranstaltung zu gehen, bei der sie niemanden kennen. Das persönliche Gespräch gibt den Personen ein Gefühl der Wertschätzung. Sie sind gemeint! Manchmal hapert es auch an der Betreuung für die Kinder für den jeweiligen Zeitraum. Oder jemand spricht die Sprache nicht. Es kommt aber auch oft vor, dass die Menschen unser erstes Anschreiben für Werbung halten. Für all das bieten wir dann Unterstützung an.

Wir lösen übrigens Menschen ab 12 Jahren aus dem Melderegister aus. Dabei ist nur wichtig, wo der Erstwohnsitz ist. So sind bei uns auch Menschen dabei, die (noch) nicht wählen können – entweder weil sie nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen oder weil sie noch zu jung sind. Das ist uns wichtig, weil diese Perspektiven sonst kaum Einfluss auf die Politik nehmen können.

Ist dieses „Nicht-gehört-werden“ bzw. das „Sich-nicht-beteiligt-fühlen“ deiner Ansicht nach ein generelles Problem unserer Zeit?

JB: Ja. Das Gefühl der Dauerkrise, das durch die sozialen Medien verstärkt wird, hinterlässt seine Spuren. Ich denke, allgemein gibt es zwei Aspekte: Erstens leidet das repräsentative System darunter, dass sich viele Menschen von den Politiker*innen nicht (mehr) repräsentiert fühlen. Viele Abgeordnete sind Akademiker*innen, weiß und im Durchschnitt über 47 Jahre alt. Dadurch

fehlen bestimmte Lebensrealitäten im politischen Entscheidungsprozess.

Zweitens führt das System, in welchem wir seit Jahrzehnten leben, dazu, dass viele Menschen (wenn überhaupt) alle vier Jahre ihr Häkchen setzen und sich sonst nicht mit Politik viel auseinandersetzen. Hinzu kamen verschiedene Krisen, die Verschwörungserzählungen normalisiert haben. Diese Erzählungen nutzen das Gefühl der Unsicherheit, um Misstrauen zu säen. Im Sinne von „gegen mich wird Politik gemacht“ treiben sie eine Ablehnung der Regierung voran und spalten den gesellschaftlichen Diskurs in ein Freund-Feind Bild.

Es geht meiner Meinung nach nicht so sehr darum, alle in alle Entscheidungsprozesse einzubeziehen, sondern darum, das Gefühl zu stärken, dass wir uns austauschen können, auch wenn wir unterschiedlicher Meinung sind und auszuhalten, wenn wir unterschiedliche Ansichten, Lebensrealitäten oder Bedürfnisse haben. Wir müssen uns nicht aufgrund von Andersartigkeit gegenseitig misstrauen.

Darum haben wir die Wahlkreisitage ins Leben gerufen – um wieder miteinander und mit der Politik ins Gespräch zu kommen. Und kein Wahlkreisitag vergeht ohne erstaunte Kommentare der Teilnehmenden darüber, dass wir als Gesellschaft ja doch noch miteinander reden können. Manche empfinden durch die Wahlkreisitage plötzlich wieder einen Glauben an die Gesellschaft, und haben das Gefühl, dass ihre Stimme auch für die Politik zählt. Das ist wirklich schön zu sehen und auch heilsam in dieser polarisierenden Zeit.

Wie hat man sich so einen Wahlkreisitag vorzustellen?

JB: An dem Tag wird jede Person erst einmal persönlich empfangen. Das mag komisch klingen, aber die Atmosphäre am Anfang ist wirklich wichtig. Und dann ist es ein Wechsel von der Arbeit in der großen und in kleinen Gruppen. Kleine Gruppen sind für die intensiven Diskussionen sinnvoll. Zum einen, weil es für viele Menschen schwer ist, sich in großen Gruppen zu äußern, zum anderen, weil so sichergestellt werden kann, dass jede

und jeder etwas sagt. Hierbei kommen auch Methoden wie das aktive Zuhören ins Spiel: Dabei darf das Gesagte nicht kommentiert werden. Es geht wirklich darum, die Sichtweise der anderen Person zu verstehen. In den Kleingruppen werden dann auch die Ideen erarbeitet, die am Nachmittag mit den Abgeordneten besprochen werden. Ein wichtiger Bestandteil ist neben der Frage, was sich politisch verändern sollte, auch die Frage: Was ist unser Beitrag als Gesellschaft zu dem Problem?

Beim Wahlkreisitag liegt der Fokus auf dem Austausch mit den Abgeordneten. Deshalb kommen am Nachmittag die Abgeordneten dazu, um gemeinsam die Diskussionen vom Vormittag weiterzuführen. Dabei antworten sie auch auf offene Fragen und sagen, welche Ideen sie in ihrem politischen Handeln weiterverfolgen werden. Am Ende gibt es noch die Möglichkeit, sich bei Getränken persönlich mit den Abgeordneten auszutauschen. Für viele ist das das erste Mal, dass sie Bundestagsabgeordnete treffen.

Der Tag wird komplett moderiert. Es ist uns wichtig, eine wertschätzende Atmosphäre zu verbreiten. Wir achten darauf, dass jede*r Teilnehmende zu Wort kommt, dass es einen guten Start und ein gutes Ende gibt. Durch die Moderation können sich die Teilnehmenden auch besser in der Diskussion fallen lassen. Sie wissen: „Eine Person behält den Fokus“. Sie müssen in dem Moment keine Verantwortung übernehmen und können einfach ihre Gedanken teilen. Außerdem gibt es zu jedem Wahlkreisitag ein Begleitheft, in dem wichtige Fakten zum jeweiligen Thema stehen, sodass die Teilnehmenden kein Vorwissen benötigen, um sich an der Diskussion zu beteiligen. Außerdem sind natürlich Dinge wie genügend Essen und ausreichende Pausen wichtig.

Das klingt nach einem aufwendigen Prozess für eine relativ geringe Anzahl an Menschen, die erreicht werden. Lohnt es sich trotzdem? Und ist es realistisch, solch ein Format auch größer aufzuziehen – etwa generell als Mittel der Bürger*innen-Beteiligung in Deutschland?

JB: Beteiligung lohnt sich, meiner Ansicht nach, immer. Nicht nur stärkt sie das Vertrauen der Menschen in Politik, sie

stärkt auch das Vertrauen der Politik in die Menschen und das Vertrauen der Menschen ineinander.

Aber zur Anzahl: Die kleine Gruppe hat bei uns mit dem Fokus auf den Austausch zu tun. Zum Vergleich: Der nationale Bürgerrat, der am 14.01. seine Empfehlungen an die Bundespolitik übergeben hat, ist tatsächlich mit 160 Leuten besetzt. Ziel dieses Bürgerrats war es, in einem lang angelegten Prozess (September 2023 bis Januar 2024, Anm. d. Red.) Empfehlungen zu erarbeiten. Bei unserem ein-Tages-Format liegt der Austausch mit den Abgeordneten im Fokus, der gerade davon lebt, dass der Raum kleingehalten ist. Je größer eine Gruppe ist, desto wahrscheinlicher entsteht eine Dynamik, in welcher wenige sprechen und sich andere nicht trauen, das Wort zu ergreifen. Für uns hat sich die Anzahl von 25 bis 35 teilnehmenden Personen sehr bewährt.

Zur zweiten Frage: Wir sind jetzt gerade auf der Zielgeraden des Projekts. Daher widmen wir uns vor allem der Frage, wie das Format der Wahlkreistage als Instrument zur Stärkung unserer repräsentativen Demokratie verstetigt werden kann. Schließlich gibt es 299 Wahlkreise in Deutschland, in denen Wahlkreistage stattfinden könnten. Die Frage haben wir zuletzt mit Expert*innen aus Wissenschaft, Bundestagsverwaltung, Verfassungsrecht und Zivilgesellschaft diskutiert – aber auch mit den Abgeordneten und Teilnehmenden. Dass wir hierbei nur das „wie“ besprechen, beflügelt uns.

Bis zum Ende des Projekts im Juni 2024 wollen wir gemeinsam mit unserem wissenschaftlichen Beirat einen Vorschlag dazu erarbeitet haben. Dafür lassen wir das ganze Projekt auch sehr genau extern evaluieren.

Natürlich wäre diese Skalierung auch eine Herausforderung. Meiner Ansicht nach bräuhete es dafür Kompetenzzentren, die das Wissen und die Moderationsfähigkeiten vermitteln. Noch besser wären Studiengänge oder Ausbildungen, die Beteiligung und Moderationen lehren. Davon gibt es momentan noch viel zu wenig. In den letzten Jahren hat das Thema Beteiligung zwar einen größeren Stellenwert eingenommen, es fehlt aber

noch an Menschen, die sie organisieren und durchführen können sowie an nötigen Qualitätsstandards.

Wie würde Beteiligung künftig in Deutschland aussehen, wenn alle Hürden, wie Finanzierung, Personalkapazitäten etc., keine Rolle spielten?

JB: In meiner Wunschvorstellung hätten wir vor 20 Jahren damit angefangen, Wahlkreistage zu etablieren und würden jetzt mit einem funktionierenden System arbeiten, in dem Wahlkreistage zum Beispiel halbjährlich stattfindet. Die Auslosung wäre dann etwas, das in den Medien angekündigt würde und worauf sich die Leute freuen. Der Austausch wird gewohnter. Auch die gewählten politischen Vertretungen sind vor Ort, hören und nehmen Impulse mit. Vielleicht erklären sie auch ihre Arbeit genauer und sprechen darüber, mit welchen Themen sie sich gerade beschäftigen.

Es wäre toll, wenn Beteiligung ganz selbstverständlich in unserer demokratischen Struktur benutzt würde. Ich glaube, dass die Menschen heutzutage einfach wenig Vertrauen oder wenig Erfahrung damit haben, mit anderen Menschen in Kontakt zu treten, die nicht ihrer eigenen Filterblase entsprechen. Natürlich wäre auch dann nicht alles ohne Reibungen, aber vielleicht könnte so ein stetiges Format ein viel größeres Verständnis dafür schaffen, was Politik bedeutet und was es heißt, Politiker*in zu sein. Die sozialen Medien verbreiten ein Gefühl einer gespaltenen Gesellschaft. Gerade in solchen Beteiligungsformaten aber erleben die Menschen die Gesellschaft anders: respektvoll, konstruktiv.

Vielleicht hätten die Menschen dann auch im Alltag mehr Bereitschaft, miteinander zu sprechen und nach den Gründen einer Entscheidung zu fragen. Es gäbe mehr Solidarität und der Ton, mit dem unterschiedliche Ansichten in Beziehung gesetzt werden, wäre ein anderer.

Ich habe aber keine Illusion einer konfliktfreien Gesellschaft. Auch andere demokratische Instrumente wie Demonstrationen werden immer von Bedeutung bleiben, um Themen auf die politische Agenda zu setzen und Unmut kundzutun.

Schaue ich mir die heutige Verfassung unserer Gesellschaft an, gerate ich manchmal in einen inneren Zwiespalt: Ich erlebe durch unsere Arbeit oft, wie sinnvoll ein solches Instrument der Beteiligung ist. Wird so etwas allerdings nicht in den nächsten drei, vier Jahren flächendeckend etabliert, sodass sehr viele Menschen diese Erfahrung machen können, geht es einfach zu langsam. Der gute Ton ist schon immer aufwendiger und langsamer als populistische Kritik und negative Emotionen. Beteiligung braucht viel Zeit und Ressourcen. Ich komme aber auch immer wieder zum Schluss: Die Demokratie sollte es uns wert sein.

Wie ist das Feedback, das ihr von den Politiker*innen erhaltet?

JB: Vor allem positiv. Die Abgeordneten sind oft begeistert von der Vielfalt der Menschen, mit denen sie im Wahlkreisrat diskutieren. Denn auf eigens organisierten Veranstaltungen werden ja oft immer dieselben Personen erreicht. Im Wahlkreistag steht die Qualität über der Quantität. Normalerweise folgen Politiker*innen eher der Logik, möglichst viele Menschen in kurzer Zeit zu erreichen. Uns geht es allerdings um die Intensität der Diskussion und die Wertschätzung. Eine der Abgeordneten sagte einmal am Ende des Wahlkreistags, die Erfahrung mit unserem Projekt wäre heilsam gewesen und dass es eine solche Gesprächskultur auch im Bundestag bräuhete.

Die meisten sind wirklich begeistert und nutzen die Gelegenheit auch, um zu lernen, was die Bevölkerung und ihren Wahlkreis gerade eigentlich wirklich beschäftigt. Daran können sie sich auch in ihren politischen Entscheidungen orientieren. Gerade in der Politik ist es extrem wichtig, dass die verschiedenen Lebensrealitäten im Blick behalten werden. So eine diverse Gruppe, die nicht geschlossen ein Interesse vertritt, eröffnet die Sicht auf verschiedene Standpunkte.

Als Letztes würde ich gern noch wissen: Hast du ein Erlebnis aus der Projektzeit, das dir vielleicht als besondere Erinnerung im Kopf geblieben ist?

JB: Davon gibt es tatsächlich viele. Als wir das erste Mal einen Wahlkreistag veranstalteten, erinnere ich mich noch



Foto: es geht los

an eine Pflegekraft, die sich selbst als unpolitischste Person des Wahlkreises bezeichnete und eigentlich nicht teilnehmen wollte. Nach dem Wahlkreistag war die Person so überzeugt vom Format, dass sie weiterhin im Wahlkreisrat dabei ist, wenn es der Schichtplan zulässt und unser Anliegen vehement unterstützt.

Dann sind es aber auch kleine Situationen: Neulich beim Wahlkreistag in Erfurt hat ein 12-Jähriger beispielsweise die Meinung der Gruppe durch eine einzige Aussage verändert. Dann gibt es auch immer wieder Momente, die emotional sehr bewegend sind. Zum Beispiel gab es bei einem Wahlkreistag eine aus Afghanistan geflüchtete Teilnehmende, die mit ihrer Geschichte und seinen Perspektiven sehr viel mehr Verständnis für die Realität von Geflüchteten unter den Teilnehmenden erzeugt hat.

Sie hat auch Menschen dazu bewogen, ihre Annahmen zu hinterfragen. Dann ist es manchmal auch die schiere Vielfalt der Teilnehmenden: Da kommen eine 14-Jährige aus der Ukraine geflüchtete Jugendliche, ein um die 50 Jahre alter russischer Gastarbeiter, ein spanischer Amazon-Lieferant, eine Bürgergeld beziehende alleinerziehende Mutter, ein Mensch, der Verschwörungstheorien nicht abgeneigt ist und eine 91-Jährige in einem Raum zusammen und sprechen miteinander.

Am meisten beeindruckt mich nach wie vor eine Teilnehmende, die in einer betreuten Einrichtung wohnt und die unsere Briefe zunächst gar nicht erreichten, weil sie von der Betreuerin nicht weitergegeben wurden. Als wir dann vor ihrer Tür standen, war sie ganz begeistert und gleichzeitig unsicher, ob sie sich

sicher fühlen würde. Wir haben dann alles in unsere Macht Stehende getan, damit sie teilnehmen kann. Zu Beginn der Veranstaltung war sie überwältigt von den vielen Menschen. Im Verlauf des Tages aber ist sie richtig aufgeblüht.

Sie hat sich sogar getraut, vor der großen Gruppe mit dem Abgeordneten zu sprechen. Am Ende des Tages dankte sie uns, weil es so selten sei, dass sie so sein kann, wie sie ist. Und noch viel mehr: Wenige Monate später reiste sie zum ersten Mal in ihrem Leben allein mit dem Zug und übernachtete allein im Hotel, um an unserer Abschlussveranstaltung in Berlin teilnehmen zu können. Dort hat sie vor hundert Menschen über ihre Erfahrungen gesprochen. Das war sehr bewegend zu erleben, wie dieser eine Tag ihr Leben verändert hat. Sie hatte plötzlich so viel Mut. ■

INKLUSION

Im Informations-Labyrinth

Wie zugänglich ist die Webseite der Stadt Leipzig?

Von Yaro Allisat

Foto: Andreas Schröder



Prof. Dr. rer. pol. Ulrich Nikolaus ist Diplom-Informatiker und hat zum Thema »Multimediales Lernen in Unternehmen« promoviert. Seit 2002 hat er die Professur »Multimediales Publizieren und Kommunikationsdesign« an der HTWK Leipzig inne. Er unterrichtet unter anderem Mediengestaltung und Interfacedesign.

Ein Grundbaustein von Beteiligung ist der Zugang zu den notwendigen Informationen. Wo finde ich zum Beispiel einen Deutschkurs in der Stadt? Wie kann ich eine Petition einreichen? Muss ich dafür Unterschriften sammeln? Wo ist das nächstgelegene Jugendzentrum? Wie komme ich an einen städtischen Kita-Platz? Auf leipzig.de werden alle diese Informationen gebündelt. Aber findet man auch das, wonach man sucht?

Eher nicht, ist meine eigene Erfahrung. Man muss schon genau wissen, welche Information man braucht. Um sich einen Überblick über alle Angebote der Stadt zu verschaffen, eignet sich die Webseite allerdings nicht. Auch bei der Leipzig App sieht es nicht besser aus – Nutzer*innen berichten regelmäßig von ähnlichen Frustrationen.

Woran hapert es und wie könnte sich das verbessern lassen? Über diese Fragen habe ich mit Prof. Dr. Ulrich Nikolaus gesprochen. Er ist Professor für „Multimediales Publizieren und Kommunikationsdesign“ an der HTWK Leipzig. Er hat kurzfristig keine detaillierte Analyse der Webseite durchgeführt, sondern berichtet vor allem aus Erfahrungswerten, die auf Analysen anderer Webauftritte beruhen.

▶ Seite in Alltags-Sprache Internet-Seite vorlesen
Stadt Leipzig
 leipzig.de in Leichter Sprache
 Bürger-Service und Verwaltung | Jugend, Familie und Soziales | Freizeit, Kultur und Tourismus |
 Wirtschaft und Wissenschaft | Bauen und Wohnen | Umwelt und Verkehr |
 Startseite > Leichte Sprache
Internet-Seite Stadt Leipzig in Leichter Sprache
 Willkommen auf der Internet-Seite der Stadt Leipzig in Leichter Sprache.
 Hier finden Sie Informationen rund um das Leben in Leipzig.
 Diese Themen gibt es noch:
 • Bürger-Service und Verwaltung
 • Jugend, Familie und Soziales
 • Freizeit, Kultur und Tourismus
 • Wirtschaft und Wissenschaft
 • Bauen und Wohnen
 • Umwelt und Verkehr
 Klicken Sie auf die Kacheln.
 Dann kommen Sie auf die Themen-Seiten in Leichter Sprache.
 Bürger-Service und Verwaltung | Jugend, Familie und Soziales | Freizeit, Kultur und Tourismus
 Wirtschaft und Wissenschaft | Bauen und Wohnen | Umwelt und Verkehr
 ◀ Eine Seite zurück ▲ Nach Oben
 © 2024 Stadt Leipzig
 Impressum
 Datenschutzerklärung
 Barrierefreiheit

Die barrierefreie Webseite der Stadt Leipzig, mit AAA-Kontrast, einfacher Sprache u. v. m.

Amtsdeutsch und Leichte Sprache

Grundsätzlich gehört zur Zugänglichkeit und Übersichtlichkeit einer Webseite, so Prof. Dr. Nikolaus, die Barrierefreiheit. Darunter zählen die Kontraste auf der Webseite, die Schriftgröße oder auch die Möglichkeit, die Webseite in Leichter Sprache aufzurufen. Leichte Sprache bezeichnet dabei eine Sprache, die unter anderem einfache Wörter, kurze Sätze und Bilder verwendet und für Menschen mit wenig Kenntnissen der deutschen Sprache oder im Lesen zugänglich sein soll. Gerade wenn Amtsdeutsch verwendet wird, kommen die meisten Menschen an ihre Verstehens-Grenzen.

Zum Beispiel finden sich viele Informationen in Leichter Sprache auf der Seite barrierefrei.leipzig.de. Beim BIK BITV-Test, einem Verfahren zur Prüfung der Barrierefreiheit von Webseiten, hat die städtische Webseite mit 93,25 von 100 Punkten das Ergebnis „gut zugänglich“ erhalten. Die Barrierefreiheit sei an vielen Stellen mitgedacht worden, es gebe aber noch Nachbesserungsbedarf an einigen Stellen.

Wo finde ich was?

Prof. Dr. Ulrich Nikolaus spricht aber noch einen zweiten Aspekt an: „Ob man allerdings, wenn man nicht weiß, dass es Leichte Sprache heißt, diese Webseite in der Leichten Sprache so schnell finden kann, das ist wieder eine andere Geschichte.“

Diese sogenannte „Informationsarchitektur“ bezeichnet die Sortierung der Informationen auf einer Webseite und wie der Nutzer diese finden kann.

„Je größer eine Seite ist, umso schwieriger wird es, die Informationen zu strukturieren. Man sagt nach den Regeln der Informationsarchitektur, dass ein Hauptmenü im Schnitt acht bis zehn Navigationseinträge haben sollte. Das sind bei der Stadt Leipzig sechs, das haut noch hin. Auf der Ebene darunter sind es dann schon zehn. Da sind wir schon am Limit. Und dann gibt es noch eine weitere Unterebene, die dann wieder Unterpunkte hat. Da gibt es auch eine Regel, die sagt, man

solle nach Möglichkeit mit zwei bis drei Navigationsebenen arbeiten. Sobald es mehr als drei Navigationsebenen sind, leidet die Übersichtlichkeit“, so Prof. Dr. Ulrich Nikolaus.

Hinter leipzig.de verstecken sich rund 20.000 Seiten, teilt auch das städtische Referat für Kommunikation mit.

Sinnvoll für die Verwaltung oder für die User?

Teilweise überträgt die Stadt die Struktur der Verwaltung, die verschiedenen Projekte und Zuständigkeiten einfach auf die Webseite, anstatt im Sinne des sogenannten User Centered Design zu überlegen, wie man eine Information für die Nutzer*innen der Webseite gut auffindbar macht:

„Es gibt verschiedene Ämter oder Dezernate. Jedes Dezernat oder Referat ist für einen bestimmten Bereich zuständig. Die bekommen dann auf der Webseite einen Unterbereich. Diese interne Logik der Verwaltungsstruktur ist für die Nutzer allerdings nicht immer unbedingt nachvollziehbar. Es ist aber teilweise auch schwierig das anders zu machen, denn die Webseite soll ja auch so organisiert sein, dass zum Beispiel das Referat Jugend und Familie nur in einem bestimmten Bereich die Zugriffsrechte bekommt, um die eigenen Sachen selbst einstellen kann. Das ist aus technischen Gründen so sinnvoller.“

Dies sei ein Erfahrungswert von anderen Webseiten, ob die Leipziger Seite zentral verwaltet werde oder nicht, könne Prof. Dr. Nikolaus natürlich nicht sagen.

Bei der Stadt Leipzig komme noch hinzu, dass es eine breite Spanne von Zielgruppen gebe, von Familien bis hin zu Geflüchteten, Sozialhilfeempfänger*innen, Rentner*innen oder Menschen, die eine Kfz-Zulassung beantragen wollen. Wer ist dann also der User, auf den man ein User Centered Design zuschneiden müsste?

Was ist die Lösung?

Auch die Stadt selbst sieht die Probleme in der großen Zahl von Informationen. In diesem Jahr will die Stadt, so das

Kommunikations-Referat, ihre Webseite grundlegend überarbeiten. In Unterseiten hat die Stadt sich bereits strukturiert, also verschiedene losgelöste Webseiten für bestimmte Themenbereiche wie zum Beispiel von den Stadtbibliotheken oder dem Jugendparlament.

Bereits jetzt stehe der Einstieg über externe Suchmaschinen im Mittelpunkt des Nutzerverhaltens, so heißt es aus dem Referat. Das heißt: Ich gebe bei Google, Ecosia, Startpage meinen Suchbegriff und dazu noch „leipzig“ oder „leipzig.de“ ein. Ein deutlich besserer Weg, an die Informationen zu kommen, als über die seiteninterne Suche.

Auch Prof. Dr. Nikolaus sieht darin eine Möglichkeit: „Bei einer Website mit dieser Komplexität, kommen Sie früher oder später mit einem Navigationssystem an ihre Grenzen. Ich glaube, dass die Stadt Leipzig ihr Möglichstes tut, aber bei dieser Informationsfülle wird es früher oder später unübersichtlich. Dann kommt die Suche ins Spiel.“

Amazon- und Ebay-Style

Eine Verbesserung des Suchsystems sei deshalb eine Möglichkeit, die Webseite zu verbessern. Als Vergleich führt Prof. Dr. Nikolaus Seiten wie Ebay oder Amazon an: Aufgrund der Menge an Produkten, nutzt dort niemand das Navigationssystem, sondern man findet die Produkte über die seiteninterne Suche.

Wenn man momentan die seiteninterne Suche der Stadt Leipzig benutzt, taucht man jedoch eher verwirrter daraus hervor.

Der Weg über externe Suche scheint also der einfachste Zugang zu Informationen auf der städtischen Seite zu sein. Und natürlich spielen muss Beteiligung durch Informationszugang auch offline stattfinden: Die Sozialarbeitenden in Geflüchtetenunterkünften müssen Flyer für Deutschkurse zur Verfügung stellen, über Kampagnen der Stadt wird auch durch Werbung auf der Straße informiert und – nicht zuletzt – haben auch Zeitungen wie wir die Aufgabe im alltäglichen Informations-Labyrinth ein paar Wege vorzuzeichnen. ■



Foto © Hagen Wiel

CULTURE-TOPIA

Die Macht ist nicht fensterlos.

Über das Verhältnis der Leibnizschen Monadentheorie und Nietzsches Lehre vom Willen zur Macht.

Von Volker Caysa und Konstanze Caysa

Das Thema dieses Essays wird manchen verwirren, gilt doch Leibniz als der Inbegriff eines aufklärerischen, freilich barocken, Rationalismus. Nietzsche dagegen scheint doch der Inbegriff eines irrationalen Vitalstrebens in Form des Willens zur Macht zu sein. Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden zu zeigen, wie die Dynamisierung des Kraftbegriffs von Leibniz mit Nietzsches Auffassung des Willens zur Macht zusammenhängt und wie Nietzsche an der Leibnizschen Kritik der modernen Selbstbewusstseinsphilosophie, wie sie René Descartes entworfen hatte, anschließt.

Sowohl Nietzsches als auch Leibniz' Ausgangspunkt ist, dass die Welt ein Chaos ist. Die Frage aber ist wie, wodurch organisiert sich das Chaos? Die Welt ist ein Chaos, aber nicht im Sinne einer fehlenden Notwendigkeit, sondern im Sinne eines fehlenden interpretierenden Ordnungsprinzips. Das aber verstehen Leibniz und Nietzsche je unterschiedlich. Leibniz entwickelt im Gegensatz zu Galileis, Descartes und Newtons mechanischem Kraftbegriff einen dynamischen Kraftbegriff. Das heißt, der mechanische Kraftstoß ist für Leibniz eine innere lebendige Kraft. Dahinter verbirgt sich eine ganz andere Wirklichkeitsauffassung als die der Mechanik, die vielleicht Nietzsche am radikalsten ausdrückt.

Denn Nietzsches Willen zur Macht sind im Leibnizschen Sinne

endogen-dynamische Kraftquanta. Aber im Gegensatz zu Leibniz fasst Nietzsche diese Kraftquanta nicht als substanzielle Letztpunkte, als Monaden, sondern als Macht. Die Idee des metaphysischen Letzteinheitspunktes, die noch in Leibniz' Monadologie anwesend ist, ist aus Nietzsches Perspektive nicht nachvollziehbar, sondern selbst nur eine mögliche Weltinterpretation des Menschen unter vielen anderen. Demzufolge ist der Wille zur Macht nicht als unveränderliches Einheitsprinzip zu verstehen, sondern im Plural als Einheit durch ständiges Werden. Nietzsche spricht demzufolge nicht nur von dem Willen zur Macht, sondern seine Philosophie kennt viele Willen zur Macht. Entscheidend ist hier der Plural, der allzu oft in der Nietzsche-Exegese vernachlässigt wurde und vor allem bei den einflussreichen Auslegungen von Martin Heidegger.

Für Nietzsche existiert nicht die Zentralmacht des Willens zur Macht, sondern es existiert eine Vielzahl von Willen zur Macht, die gegenseitig aufeinander einwirken, sich relativieren und am Ende vielleicht etwas hervorbringen, was wie eine gewollte Einheit aussieht, die aber so nicht angestrebt war. Einheit kann also nur im relativen Sinne für Nietzsche existieren. Es gibt keine ewig dauernden, keine sich selbst gleichbleibenden Einheiten und folglich auch keinen absoluten Wesenswillen, der alles aus sich selbst heraus schafft, sondern eine Vielheit von miteinander kämpfenden

Willen zur Macht, die erst im Resultat den Anschein eines Willens zur Macht im Sinne der Herrschaft eines einzigen Willens erzeugt. Es gibt kein unabänderliches, in sich stehendes Kraftzentrum der Welt, sondern nur die werdende Dynamik der Willen zur Macht. In diesem Punkt widerspricht also Nietzsche prinzipiell den Leibnizschen Monaden, die durch ihre Fensterlosigkeit keinen offenen Weltbezug haben.

Nietzsches Philosophie des Willens zur Macht ist dagegen weltoffen. Auch den Leibnizschen Monaden ist ein inneres Streben und in diesem Sinne eine Perspektivierung eigen. Daran anknüpfend vollzieht sich nach Nietzsche das Machtstreben durch die Vielheit der Perspektivierungen der Welt. Das heißt, der perspektivisch interpretierende Wille zur Macht gibt nicht eine Welt an sich wieder, sondern mögliche Weltkonstruktionen. Dies entspricht ganz und gar Nietzsches Auffassung, dass Sein Interpretiert-Sein ist, was mit der Leibnizschen Auffassung korrespondiert, dass mathematische Wesenheiten nicht an sich in der Natur der Dinge vorzufinden sind, sondern nur Mittel sind, um sie exakt zu berechnen. Nach Nietzsche schafft der Wille zur Macht unsere Welt durch die ihm eigene interpretierende Perspektivierung der Welt.

Es gibt also keine An-sich-Welten, sondern nur Interpretationswelten. Indem für Nietzsche das Leben in seinem Vollzug explizit und implizit immer je schon

abschätzend ist, ist der Wille zur Macht verbunden mit einem Auf-einen-Wert-hin-Interpretieren. Demzufolge ist Macht immer sich selbst perspektivierende Macht und deshalb spricht Nietzsche nicht, wie dann später der französische Philosoph Michel Foucault (1926–1984), bloß von Macht, sondern vom Willen zur Macht als sich selbst perspektivierende Macht in der Selbstausslegung des Lebens auf einen Wert hin, der das Leben nicht bloß erhält, sondern steigert. Aber noch in einem anderen wesentlichen Punkt knüpft Nietzsche an Leibniz an, nämlich in seiner Kritik der Selbstherrlichkeit des modernen Selbstbewusstseins.

Nach Nietzsche besteht Leibniz' „unvergleichliche Einsicht“ darin, dass die

Bewusstheit nur ein zufälliges Produkt der Vorstellung ist und dass sich das Problem stellt, inwieweit wir denken, fühlen, wollen, uns erinnern, handeln können, ohne dass diese Prozesse von Selbstbewusstsein begleitet sind. Es stellt sich also die Frage, inwieweit wir handeln können, ohne dass wir reflektieren, wie wir handeln. Inwieweit muss das Handeln dem Bewusstsein „entzogen“, um erfolgreich zu funktionieren: „Wozu überhaupt Bewusstsein, wenn es in der Hauptsache überflüssig ist?“

Für Nietzsche scheint klar zu sein, das Leben braucht nicht den Spiegel des Bewusstseins, um gelebt zu werden, denn es funktioniert empraktisch, das heißt leiblich eingebunden, im

Vollzug, ohne dass es auf sich selbst zurückschaut, noch vorausschaut. Es perspektiviert sich selbst im Vollzug der Tat. Damit wendet sich Nietzsche mit Leibniz gegen den Intellektualismus der Moderne und dessen Hirnlastigkeit, der glaubt, das Leben würde besser funktionieren, wenn es nach einem Bewusstseinsplan vollzogen wird. Nietzsche wendet sich auch gegen die Zivilisationskrankheit der Hyperreflexivität. Die maßlose Rationalisierung aller Lebensbereiche löst nicht unsere Lebensprobleme, sondern schafft erst neue.

➔ www.empraxis.net ■





HALTUNGSNOTE #59

Der gute Name

Von David Gray

Ich habe neulich eine Petition zum Verbot der AfD unterzeichnet. Das tat ich nicht leichtfertig und mit meinem bürgerlichen Namen, der immerhin vor vielen Jahren mal gut genug war, um Koks zu verkaufen, ein paar Jahre Kunst zu machen und sogar Jura zu studieren. (erfolglos!) Außerdem ist das der Name, unter dem ich ein paar Festivals (mit) organisiert und ein paar Bücher verkauft habe. Ich hätte diese Petition auch als unter meinem Pseudonym David Gray unterzeichnen können. Gerade, weil ich es mir damit nicht leicht gemacht habe, unterzeichnete ich mit dem bürgerlichen Namen. Um ganz offen zu sein, gebe ich solchen Petitionen kaum Chancen auf Erfolg. Die politische Gemengelage ist dafür zu komplex und bereits die Versuche des NPD-Verbots haben bewiesen, wie hoch die Verfassungsrichter die Hürden für ein Parteiverbotsverfahren hängen. Aber weshalb, könnte frau/man jetzt fragen, hat der Typ denn nun trotzdem diese Petition unterschrieben? Um meinen Standpunkt als Antifaschist öffentlich ganz klar und eindeutig zu postulieren.

Ich will, dass die Leute, gegen die sich diese Petition richtet, sehr genau wissen, wer ich bin und wofür ich stehe. Denn die Listen der Unerwünschten liegen doch längst für den Tag der „blauen Wende“ in den Schubladen bereit. Auf irgendeiner steht sicherlich auch mein Name. Sollte eines Tages wer vor meiner Tür stehen und mit einem Dokument wedeln, das mir meinen Beruf, meine Heimat

oder die Art, wie ich lebe, liebe, Sex praktiziere oder mit meinen Freunden umgehe, verbietet, dann will ich darauf hinweisen können, dass sie an die richtige Tür geklopft haben und dabei einen erwischten, der sie und alles, wofür sie stehen, aus Herz und Seele heraus, nein, eben nicht gehasst, sondern verachtet hat.

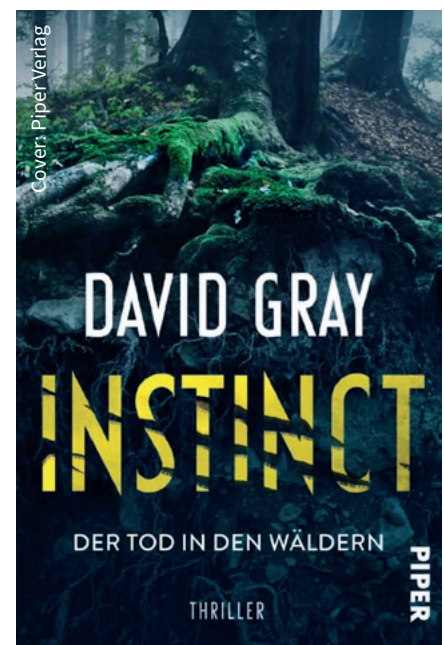
Und das, zwar nicht nur, aber eben auch aus der preußischen Tradition seiner Vorväter heraus. Deren bester Ausdruck für solche Fälle immer noch vom General von Hammerstein stammt, der nämlich sehr richtig feststellte: „Angst ist keine Weltanschauung“.

Angst ist gerade genug für alle da. Und Angst ist Währung und Münze, mit der die neuen Nazis und alten Rassisten ihre Wetten auf die Zukunft abschließen. Aber dort, wo Angst wächst, wachsen gewöhnlich auch Bewusstsein und Courage.

Hier ist ein Hinweis an alle blaubraunen Mitläufer, Karrieristen und all die gerade noch im medialen Unterholz dahin manövrierenden Kulturkriegesgewinnler, die heimlich bereits ihre Preisreden für die Zeit nach der „Wende Zwo Punkt Null“ üben: „In meiner Mannschaft spielen Heine und Kant, Brecht und Jünger, Heiner Müller und Anna Politkowskaya, Ingeborg Bachmann, Celan, Mascha Kalenko und W. H. Auden, William Butler Yeats und Orwell, Thomas Paine und Gerard Richter, Immendorf und Lüpertz, Marlene Dietrich und Yves Montand,

Albert Camus, Josephine Baker und Banksy, in meiner Mannschaft spielen Millionen in den Lagern Ermordeter und Gedemütigter, in meiner Mannschaft spielt sogar fucking Snoopy.

Und was habt ihr auf eurer Blauschlumpfbraunen Seite? Matthias Matussek, Kubitschek, den Autor der „Turner Diaries“ und ein paar abgehalfterte Kabarettisten, Blumenmaler und Gehaltskleckser, die Kunst mit Kitsch verwechseln, weil sie sich ihr ganzes Leben lang vor Ironie gefürchtet haben. In bester popkultureller Tradition, sage ich jedem von ihnen: Geh und fick dich so ausdauernd ins Knie, bis du nur noch kriechen und nicht mehr stehen kannst!“



David Grays neuer Roman „Instinct – Der Tod in den Wäldern“ ist seit 2. Januar überall im Buchhandel erhältlich. ■



IST DAS NOCH SATIRE? – RODIG REFLEKTIERT

Über den Kleinparteienszoo

Von Tom Rodig

Kernaufgabe eines Kolumnisten wie meiner einer, der Hanswurst aus dem Textedepartemeng der PARTEI, ist das Studium der politischen Landschaft. Und während da draußen vom Insekt bis zum Vogel alles im Bestand rapide schrumpft, explodiert aktuell die politische Artenvielfalt. Blicken wir in den Dschungel des Politbetriebs und nehmen die putzigen kleinen Neugeborenen einmal genauer unter die Lupe.

Unsere Expedition startet dort, wo die Familienstammbäume noch ganz traditionell einen Kreis beschreiben: im Saarland. Das kleine Bundesland, das ungefähr so groß ist wie das Saarland, beherbergt eine ganz eigentümliche Sorte Parteifreunde. Frisch gegründet ist das Bündnis Sandra Wagenknecht. Der 80-jährige Oskar „Sleepy-O“ Lafontaine – Kämpfer für die Frauenrechte, die er ist – hat seiner Frau erlaubt, eine Partei zu gründen, aber nicht bevor er seiner letzten Parteigründung (manch eine kennt sie noch, es ist „Die LINKE“) nochmal so richtig einen hat mitgeben lassen. Nach erfolgreicher Zerlegung der Linkspartei kennt die Wagenknecht-Partei über ein paar Schlenker nur eine Endstation, nämlich die Bedeutungslosigkeit. Zwischendrin wird's noch ein paar Mandate geben, aber ich nehme gerne Wetten an, dass der Fanclub SW Saarland höchstens noch die nächste Bundestagswahl erlebt. Denn die Partei hat vor allem einen Nimbus, sie ist eine demographische Einbahnstraße. Eine Partei der Letztwähler sozusagen. Den



Rest der Geschichte kann ihnen Frauke Petry erzählen.

Eine weitere Sammelstelle für die Alten, Verwirrten und Verärgerten ist noch jünger und fußt ebenso auf dem Größenwahn und den Illusionen eines Einzelnen. Die Partei der „WerteUnion“ mit dem Gesicht, das nicht zufällig die Brille Heinrich Himmlers trägt, Schorsch Maaßen. Als Imperialer Hexenmeister des staatlichen Faschoschutzes hat er eine Ja-Sager-Brigade unter seinem schwarzen Banner versammelt und so groß Anlauf genommen, dass die Rollatoren quietschen. Eine Partei, wie sie Deutschland verdient hat – borniert, faktenfern und mit ganz viel Angst, dass die furchtbaren deutschen Zustände sich endlich irgendwie ändern könnten. Da kann man schon mal Angst bekommen, wenn jene, die man beim Bundesamt jahrelang protegiert hat, einem nun die Butter vom parlamentarischen Brot nehmen.

Denkt denn niemand auch nur einmal an den Verbleib von Hans-Georg? Auch

er sollte doch späte Anerkennung für sein jahrelanges Treiben verdient haben, denkt er zumindest über sich selbst. Und da gerade alles so schön im Umbruch sich befindet, was liegt da näher als ein paar mickrige Prozente abzugreifen. Als Vehikel dient die Partei „Werte-Union“, die schon vom Namen her klingt wie der Anfang eines schnell ausfällig werdenden Beschwerdebriefes an das Konrad-Adenauer-Haus. Erfolgsprognosen sehen noch deutlich übler aus, als bei Sandra W. Doch ihr Kolumnist ist ja kein Unmensch und wünscht dem HaGe eine behagliche Hobbithöhle in den Tiefen des Thüringer Waldes, wo er zetern darf, wie ihm das Kleintiergesicht gewachsen ist.

Für Sachsen, und in diesem Elend sind wir in Leipzig ja nun bekanntlich immer noch wohnhaft, gibt es noch eine dritte, ganz besonders abseitige Kleinpartei: Die Freien Sachsen. Wenn ihnen also die AfD zu wenig rassistisch, oder das BSW zu wenig populistisch, dann bleiben eigentlich nur noch die Galgenschnitzer aus dem Erzgebirg. Altgedienter Neonaziadel und fettgefressene Wutbürger in Bewegung, da bleibt keine Faust trocken. Man erhofft auch dort sich den Einzug in den Landtag oder wenigstens – mit Hilfe staatlicher Parteienfinanzierung – eine Bratwurst auf die Hand.

Oder sie ersparen uns allen die unaufregenden Selbsterlegungsspiralen dieser Neobionten, und wählen gleich Die PARTEI.

Ihr MP in spe a.D.
Tom Rodig 



Philipp Blom, *Aufklärung in Zeiten der Verdunkelung*, Brandstätter-Verlag, 2023, 224. S.

EINE LITERARISCHE KOLUMNE

Überm Schreibtisch links

Klarheit in einer neuen Aufklärung.

Von Jens-Uwe Jopp

Es war eines der besten Weihnachtsgeschenke, aus dem alten Jahr noch. Aufklärung unterm Tannenbaum. Philipp Blom – „Aufklärung in Zeiten der Verdunkelung“. Bislang unbekannter Autor, schwieriger Denkgegenstand. Klar war ja bisher immer, was „Aufklärung“ bedeutet. Logisch. „Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“. 1784 vom Königsberger Idealismus-Urvater Kant in die Geburtsurkunde des nach Emanzipation strebenden Bürgertums gestempelt. (Ich spare mir an dieser Stelle den Kommentar zur Debatte um den jetzt „umstrittenen“ Nestor der bürgerlichen Philosophie. Im philosophischen Denken war er in seiner Zeit ein Revolutionär.)

So wird es an den Schulen gelehrt, so lernen es die Schüler. „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.“ Daran gibt es doch nichts zu zweifeln, oder? Bei Philipp Blom (*1970), dem studierten und promovierten Philosophen, Historiker und Publizisten erhält man hinsichtlich des erwähnten Denkgegenstandes guten Nachhilfeunterricht. Sein neuestes Werk mit dem metaphorischen Impulstitel beginnt ohne Umschweife, die Notwendigkeit des Erscheinens zu erklären ...

„Was denn, schon wieder eine neue Aufklärung? Ja, gerade jetzt, und notwendiger denn je. Aufklärung in Zeiten der Verdunkelung¹ scheint kaum auf das grell beleuchtete 21. Jahrhundert zuzutreffen, aber tatsächlich hat das Licht des

luziden Nachdenkens² kaum eine Chance gegen flimmernde Videowände. Heute ist die Verdunkelung nicht mehr optisch, sondern kognitiv und freiwillig.“

Aha. „Kognitiv und freiwillig“ erfolgt die selbst verantwortete „Verdunkelung“? Das sollte genauer betrachtet werden. Womit hängt dieser Umstand, sollte er denn stimmen, zusammen? Dazu lohnt es sich in jedem Fall, Bloms Gedanken auf den insgesamt 224 Seiten konzentriert zu folgen. Diese sind im besten aufklärerischen Sinne auch wirklich erhellend, spürt man doch Bloms Verständnis für historische Entwicklungen, Analogien und Herrschaftsverhältnisse unterschiedlicher Epochen. War die Aufklärung vor der Französischen Revolution eine politische Forderung nach rechtlicher Gleichheit („Die Menschen sind frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es.“ – Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, 26. August 1789), wurde im 19. Jahrhundert die „Egalité“ wichtiger, von geradezu existenzieller Bedeutung. Während es heute zuvörderst um gleiche Teilhabechancen geht. Dem Zugang zu ... Weniger die Befreiung von ... Blom beschreibt, welchen Begriffswandel und Perspektivwechsel der Aufklärungsterminus durchlaufen hat. Bisweilen wird er als ideologischer Kampfbegriff verfremdet und missbraucht, wenn er im Zusammenhang mit der angeblichen kulturellen Überlegenheit des okzidentalen „Abendlandes“ verwendet wird.

Das 19. Jahrhundert brachte den Durchbruch der juristischen Gleichheit in

Europa – theoretisch zumindest. Nicht ganz konsequent und „pünktlich“, was die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter betraf, war Europa dort nicht unbedingt ein Vorbild. In Deutschland kam das Frauenwahlrecht mit der Weimarer Verfassung erst 1919, die Engländer brauchten noch knapp 10 Jahre länger bis zum vollständig gleichberechtigten Wahlrecht, die Schweiz „ließ sich Zeit“ bis 1972. Auch in der Gegenwart ist die rechtliche Gleichstellung noch nicht überall eine Selbstverständlichkeit, stellt nach Blom auch nur einen Teil der aufklärten „Wahrheit“ dar.

Aufklärung als philosophisches Theorem ist – will man sie in soziale Wirklichkeit überführen – natürlich eng verbunden mit dem Begriff der Freiheit. Blom: „Wer über Aufklärung spricht, muss auch über Freiheit sprechen. Immer wieder wird heute von Freiheit gesprochen, Freiheit gefordert, meistens im Zorn und sehr oft ohne die leiseste Ahnung, was damit gemeint ist.“

Gut. Was ist denn damit gemeint? (Verzeihen Sie bitte, dass ich an dieser Stelle nicht ausführlich antworten kann. Lesen Sie selbst.) Autor Blom stellt klar, dass diese Begriffe (Aufklärung/Freiheit) in der Gegenwart eine politisch-instrumentelle Konnotation verbindet. Freiheit. „In ihrem Namen wird das Capitol gestürmt, für sie gehen hunderttausende Menschen gegen Impfungen auf die Straße, für sie kämpfen und sterben aber auch Menschen in der Ukraine, auf dem Tiananmen-Platz

in Peking und im brasilianischen Regenwald.“ Eigene Ergänzung: Selbst bei der Kaufentscheidung für eine Automarke und anschließender Probefahrt ist nach Aussagen der Hersteller ein Freiheitsgefühl vorhanden.

„Und was bedeutet Freiheit überhaupt in einem materiellen und kausalen Universum?“, fragt Blom auf den folgenden Seiten. Deutet an und erklärt es näher, dass es die herrschenden ökonomischen Macht- und dementsprechend auch Ohnmachtverhältnisse sind, die Freiheit als persönliche oder neu-aristokratische Gewinnsteigerung verstehen bzw. sie dahingehend als eingeschränkt kritisieren. Diese Machtverhältnisse entscheiden durch eine fremdbestimmte Begriffsfüllung, was als „aufgeklärt“ und „freiheitlich“ zu gelten hat. Verbunden mit einer westlich beanspruchten Diskurshegemonie, da man sich ob der theoretischen Gleichstellung überlegen wähnt. Gleiches gilt für den Vernunft-Begriff, der teilweise noch abenteuerlicher verfremdet wird

und zur Herrschaftssicherung gebraucht wird. Vernünftig ist, wer zuerst an sich denkt?

Bloms Auswege und Antworten gehen in die richtige Richtung. Ich wurde beim Lesen an einen Adorno-Aufsatz aus dem Jahre 1966 erinnert. „Erziehung nach Auschwitz“. Dort skizziert der Neomarxist Adorno ein Haltungskonstrukt, gewissermaßen eine humanistische „Firewall“ gegen die Wiederholung großer Menschheitsverbrechen. „Autonomie, die Kraft zur Selbstreflexion, zum Nicht-Mitmachen.“ Bei Blom hört es sich ähnlich an. Vor dem Hintergrund einer bedrohlichen und „dunklen“ Weltverfassung. Da fallen Begriffe wie „ökologische Katastrophe“ oder „existenzielle Bedrohung“ wie auch „Kriege“ und „moralischer Verantwortlichkeit, die oft als Aggression wahrgenommen wird“.

Natur. Lautet für Blom das schlichte, wiederzuentdeckende (Lösungs-)Wort für eine neue zu entwickelnde Ordnung

eines Gemeinsinns und Gemeinwohl-systems. Aufklärung und Autonomie sind hier nicht als Zielmarkierung für eine egoistische Selbstverwirklichung zu sehen, sondern als Rückbesinnung auf die „Natur des Menschen“. Der einerseits mit der Natur verbunden sein sollte. Und auch als ihr Teil verstanden werden will und muss. Das macht den unvergleichlichen Charakter unserer Spezies aus. Mit der Natur in wechselnder Verbindung zu stehen und es zu bleiben. So sollte es sein.

1 - Diese Fußnoten gibt es bei Blom zuhauf, um sie im Anschluss auf mehreren Seiten zu erläutern. Unter dieser ersten gibt es bei Blom eine Deutung und Kritik der Lichtmetaphorik, mit welcher der Begriff der „Aufklärung“ verbunden wahr und ist. Vergleichbar mit der Übersetzung aus anderen Sprachen. (Bsp. „enlightenment“)

2 - Blom verweist in dieser Fußnote auf die problematische Attribuierung der Unmündigkeit als „selbst verschuldet“.



Portrait von Emmanuel Kant von Friedrich Hagemann (1801) in der Hamburger Kunsthalle (Montage)

URTEIL AM LANDGERICHT

Kleingärtner nach Messerstich verurteilt: „Aus aberwitzigen Gründen versucht, einen Menschen zu töten“

Schwurgericht erkennt auf versuchten Mord.

Von Lucas Böhme

Diese Tat macht sprachlos: Ein 84 Jahre alter Mann hätte den Lärm seines Rasenmähers in Colditz vergangenes Jahr beinahe mit dem Leben bezahlt. Am 26. Januar nun verurteilte das Landgericht Leipzig einen Gartenachbarn des Opfers (61) wegen versuchten Mordes. Der Mann hatte seinem Opfer laut Gericht heimtückisch von hinten ein Messer in den Rücken gerammt.

Wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung kommt Alfred S. für sechs Jahre hinter Gitter, muss außerdem aus eigener Tasche für die Verfahrenskosten aufkommen. Die 1. Strafkammer des Leipziger Landgerichts befand den Rentner nach mehreren Prozesstagen für schuldig, am Morgen des 29. Juli 2023 in angetrunkenem Zustand in einer Colditzer Kleingartensparte mit einem Messer in den Rücken seines Gartennachbarn Lothar T. (84) gestochen hatte, dessen Parzelle nur etwa 20 Meter von jener des Täters entfernt gelegen hatte.

Angeklagter entschuldigt sich und bietet Schmerzensgeld an

Glücklicherweise verfehlte der etwa 3 cm tiefe Messerstich innere Organe knapp, was laut Rechtsmedizin zu einem wesentlich kritischeren Verletzungsbild geführt hätte. Hinzu kam, dass der 84 Jahre alte Lothar T. geistesgegenwärtig reagierte, indem er dem betrunkenen Angreifer eine Flasche Bier in die Hand drückte und sich dann aus eigener Kraft entfernte, ohne dass es zu einer weiteren Verfolgung kam. Ein anderer Parzellennachbar wählte den Notruf, Alfred S. wurde noch vor Ort festgenommen.

Das Motiv der unfassbaren Tat: Alfred S. fühlte sich offensichtlich genervt durch das Betriebsgeräusch vom Rasenmäher des Geschädigten, der am Tag des Verbrechens



Foto: Lucas Böhme

Kleingärtner Alfred S. (61), hier im Gespräch mit seiner Verteidigerin Rita Belter, muss wegen versuchten Mordes für sechs Jahre ins Gefängnis.

eigentlich seinen Urlaub antreten und vorher nur noch fix die Wiese bearbeiten wollte. Körperliche Einschränkungen habe er heute nicht mehr, aber der seelische Riss sei geblieben, er träume nachts manchmal noch von dem Vorfall, hatte der frühere Schlosser im Zeugenstand erzählt.

In seiner Urteilsbegründung nahm der Vorsitzende Richter Johann Jagenlauf den Angeklagten dann auch hart ins Gebet: „Es ist ein Fall, über den man nur den Kopf schütteln kann. Sie haben aus vollkommen nichtigem Anlass versucht, einen Menschen zu ermorden.“ Immerhin: Alfred S. hatte die Tat, an die er sich nach eigener Aussage nicht erinnern kann, im Prozess nicht bestritten, auch zeigte er sich reuig und richtete eine direkte Entschuldigung an sein betagtes Angriffsoffer, brachte ein Schmerzensgeld ins Spiel.

Gericht geht von Tötungsplan aus

Strafmildernd kam auch noch hinzu, dass der forensische Psychiater dem laut Gutachten einfach strukturierten, aber psychisch gesunden Alfred S. wegen seiner Alkoholisierung eine verminderte Steuerungsfähigkeit attestiert hatte. Zum Zeitpunkt der Messerattacke habe sich der trinkfeste Pensionär in einem mittelgradigen Rauschzustand mit geschätzt drei Promille befunden.

Der gelernte Dreher, der bis zur Verrentung im Baugewerbe tätig war, hatte seit dem Vorabend mit einem Bekannten in seiner Gartenlaube erhebliche Mengen Alkohol gebechert, soll sich dabei immer mehr in Aggressionen hineingesteigert und Morddrohungen ausgestoßen haben. Der Alkohol verändere ihn – und zwar

nicht zum Positiven, so der Vorsitzende Richter zum Angeklagten, der nach eigenen Angaben bereits seit seiner Jugend dem Alkohol zuspricht. Für die Polizei war er schon vorher kein Unbekannter, da er bereits im August 2022 vor einer Colditzer Gaststätte einem Mann einen Faustschlag verpasst hatte. Durch das Amtsgericht Grimma wurde er im Frühjahr 2023 wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe verurteilt.

Über die rechtliche Wertung des Messerangriffs gingen die Meinungen auseinander. Die Kammer zeigte sich gemeinsam mit der Anklage überzeugt, dass Alfred S. tatsächlich einen Plan gefasst hatte, seinen alten Gartennachbarn zu töten. Er habe aus niedrigen Beweggründen

gehandelt, die Arg- und Wehrlosigkeit des Opfers ausgenutzt, das zum Zeitpunkt der Attacke mit dem Rücken zum Angreifer stand. Zugestochen habe er im Glauben, sein tödliches Werk sei damit vollbracht. Das Urteil entsprach dem Antrag von Staatsanwältin Katharina Thieme.

Verteidigerin kündigt Rechtsmittel an

Verteidigerin Rita Belter hatte die Sachlage anders gesehen und ein bewährungsfähiges Strafmaß wegen gefährlicher Körperverletzung gefordert, ein Wille zum Töten sei nicht erwiesen. Sie kündigte nach dem Urteil Revision an. Folglich wird der Fall voraussichtlich noch einmal überprüft und die Entscheidung

noch nicht rechtskräftig.

Für die zwangsweise Unterbringung des Angeklagten in einer Entziehungsanstalt sah das Schwurgericht allerdings keine Voraussetzungen erfüllt. Auch der Psychiater hatte die Erfolgsaussichten einer solchen Maßnahme in seinem Gutachten eher zurückhaltend bewertet. Trotzdem gäbe es Hoffnung, dass Alfred S. jetzt und während der längeren Zeit im Gefängnis zur Besinnung komme, schloss der Kammervorsitzende die Verhandlung ab.

Und bekräftigte das, woran aus seiner Sicht kein Weg vorbeiführt: „Sie haben aus aberwitzigen Gründen den Versuch unternommen, einen Menschen zu töten.“ ■

PROZESS AM LANDGERICHT

Es geht um Millionen: Leipziger Lokalbetreiber wegen Steuerhinterziehung vor Gericht

Zwei Angeklagte sollen Abgaben nicht geleistet haben.

Von Lucas Böhme

Seit dem 23. Januar stehen zwei Männer im Alter von 47 und 49 Jahren wegen Steuerhinterziehung vor dem Landgericht Leipzig. Nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft sollen die beiden Betreiber eines Lokals in Leipzig über Jahre hinweg unter anderem die Vergnügungsteuer für die in dem Imbiss aufgestellten Glücksspielautomaten nicht entrichtet haben.

Dem Fiskus seien jahrelang so mehr als zwei Millionen Euro an verschiedenen Steuern verloren gegangen, heißt es in der Anklage. Insgesamt geht es bei dem älteren der zwei Angeklagten um 26 Tatkomplexe, dem Jüngeren liegen fünf zur Last.

Gerichtsverhandlung voraussichtlich bis Juni

Wie der weitere Prozess nun verlaufen wird, ob es zu einer Verurteilung kommen wird und welches Strafmaß zu

erwarten wäre, bleibt aktuell unklar. Jedoch stellt sich die 15. Strafkammer des Leipziger Landgerichts unter dem Vorsitzenden Richter Robby Bauer auf eine langwierige Verhandlung ein, wie sie gerade im Bereich von Wirtschafts- und Steuerangelegenheiten häufig ist. Hinzu kommt, dass nicht alle Bestandteile der Anklage zur Hauptverhandlung zugelassen worden sind, der im Prozess zur Debatte stehende Steuerschaden dürfte dadurch geringer ausfallen.

Es ist bis einschließlich 20. Juni eine Vielzahl an Terminen vor Gericht geplant, ehe mit einem Urteil zu rechnen sein wird. ■

Unter anderem die Vergnügungssteuer für die Spielautomaten soll nicht gezahlt worden sein (Symbolbild).



Die Tageszeitung ohne Volk
www.L-I-Z.de

